

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

5. Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 06.12.2022

Vorsitz	Ratspräsident	Marc Denzler
Anwesend	Gemeinderat	29 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Jennifer Muratti-Bader, Die Mitte Dalibor Trifunovic, Die Mitte Daniel Körner, FDP
	Stadtrat	--
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21:45 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Marc Denzler eröffnet die 5. Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 06. Dezember 2022 und stellt die Anwesenheit von 29 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Postulat 8620; Max Töpfer, SP; Steigende Stromkosten: Entlastung von Personen mit tiefen Einkommen; Begründung und Überweisung
- 4 Interpellation 8637; Sigi Sommer, SP; Verfolgt die ibk AG dieselbe Gasstrategie wie der Klotener Stadtrat?; Begründung
- 5 Energiestrategie; Rahmenkredit 2023 - 2026
- 6 Genehmigung Budget 2023 und Festsetzung Steuerfuss 2023

Protokoll

Das Protokoll der 3. Gemeinderatssitzung der 14. Legislaturperiode vom 04. Oktober 2022 wurde allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten rechtzeitig zugestellt. Es gab keine Rückmeldungen oder Änderungswünsche. Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt und verdankt.

06.12.2022 Beschluss Nr. 19-2022 Postulat 8620; Max Töpfer, SP; Steigende Stromkosten: Entlastung von Personen mit tiefen Einkommen; Begründung und Überweisung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Postulat 8620; Max Töpfer, SP; Steigende Stromkosten: Entlastung von Personen mit tiefen Einkommen; Begründung und Überweisung

Max Töpfer, SP und Mitunterzeichnende haben am 01. November 2022 das folgende Postulat eingereicht:

Antrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Personen, die in Kloten wohnhaft sind, einen eigenen Haushalt führen und individuelle Prämienverbilligungen (IPV) beziehen, möglichst unbürokratisch von den steigenden Strompreisen entlastet werden können. Er soll dabei insbesondere prüfen, wie bei IPV-Beziehenden die Differenz zwischen den Stromrechnungen 2021/22 und denen des Jahres 2022/23 übernommen werden kann. Für die Auszahlung solcher Unterstützungsbeiträge wären folgende Lösungen denkbar:

- *Die Stadt Kloten übernimmt die effektiven Mehrkosten, die für jede:n IPV-Bezieher:in entstehen.*
- *Der Stadtrat definiert Pauschalbeträge, die sich an den Haushaltsgrössen und den durchschnittlichen Mehrkosten für alle Klotener Verbrauchenden orientieren. Den IPV-Beziehenden werden jene Pauschalbeträge ausbezahlt, die ihrer Haushaltssituation am besten gerecht werden.*

Weiter soll der Stadtrat aufzeigen, wie IPV-Beziehende über das Jahr 2023 hinweg, bei weiter hohen oder noch höheren Stromkosten finanziell unterstützt werden können.

Begründung:

Im August gab die ibk AG bekannt, dass die Strompreise in Kloten um rund 90 Prozent steigen werden. Die Haushalte müssen mit Mehrkosten von bis zu 500 Franken pro Jahr rechnen. Erschwerend kommen die allgemeine Teuerung sowie die stark steigenden Krankenkassenprämien hinzu. Diese Preissteigerungen belasten Personen mit tiefen Einkommen und den Mittelstand markant.

Der Bund verweist für sozialpolitische Massnahmen an die Kantone und Gemeinden. Bis heute hat der Kanton Zürich aber leider keine Massnahmen ergriffen, um die sozialen Folgen der steigenden Lebensunterhaltskosten abzdämpfen. Einige Gemeinden haben darum begonnen, eigene Massnahmen auszuarbeiten. Auch die Stadt Kloten steht hier angesichts der überdurchschnittlich stark gestiegenen Stromtarife in der Pflicht.

Personen mit tiefen Einkommen haben Anspruch auf individuelle Prämienverbilligungen. Für den Bezug der IPV gelten klare Einkommens- und Vermögensrichtlinien, die bereits von der SVA überprüft wurden. Die erfassten Daten der IPV-Beziehenden ermöglichen es darum, diesen vulnerablen Personen gezielt und unbürokratisch zu helfen. Weiterhin dürfte es immer noch notwendig sein, dass die IPV-Beziehenden ihren Anspruch per Antrag geltend machen müssen. Auch müssten sie ihr Einverständnis erteilen, damit die Stadtverwaltung mit der ibk AG Rücksprache nehmen kann, um den effektiven Anspruch an Unterstützungsleistungen zu berechnen. Diese Formalitäten könnten aber ähnlich wie beim IPV-Antrag auf dem schriftlichen Weg geklärt werden.

In der Schweiz ist bereits heute jede siebte Person von Armut betroffen. Selbst Mehrkosten von 50 oder 100 Franken im Monat bringen Armutsbetroffene in Bedrängnis. Für die Armutsprävention sind die politischen Gemeinden zuständig (vgl. § 1 des kantonalen Sozialhilfegesetzes). Angesichts der sozialen Auswirkungen der steigenden Strompreise ist ein Handeln der Stadt Kloten dringend notwendig.

Beschluss:

1. Das Postulat wird mit 9 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Wortmeldungen:

SP-Fraktion, Max Töpfer: Eine Teuerung von 3.5%, steigende Krankenkassenprämien um durchschnittlich 6.6% und für alle Klotenerinnen und Klotener als Tüpfelchen auf dem i steigende Strompreise um fast 90%. Die sonst schon steigenden Lebensunterhaltskosten in Kombination mit den überdurchschnittlich stark steigenden Stromtarifen bringen einkommensschwache Haushalte in arge Bedrängnis. Für eine Klotenerin oder einen Klotener mit einem tiefen Einkommen reicht das Budget gerade einmal dazu um die anstehenden Kosten für Miete, Essen, Kleidung und sonstige notwendige Konsumgüter zu tragen. Viel Spielraum bleibt da oftmals nicht. Es sind kaum Reserven vorhanden um zum Beispiel die Mehrkosten für den Strom von bis zu CHF 500.00 pro Jahr zu tragen. Das führt zu einem finanziellen Engpass mit dem die Gefahr steigt, dass auf lebensnotwendige Kosten wie z.B. ärztliche Behandlungen verzichtet wird. Das darf nicht sein. Darum ist es wichtig, dass Personen mit tiefen Einkommen von diesen ausserordentlichen Kosten gezielt entlastet werden. Die Armutsprävention ist im Kanton Zürich eine Aufgabe der Gemeinden. Dies erst recht, wenn Bund und Kanton darauf verzichten, griffige sozialpolitische Massnahmen zu beschliessen um den markanten Preissteigerungen entgegenzuwirken. Einige Gemeinden haben darum damit begonnen, ihre eigenen Massnahmenpakete zu erarbeiten. So hat die Stadt Zürich z.B. letzte Woche bekannt gegeben, dass sie einkommensschwache Haushalte mit einer Energiekostenzulage unterstützen möchte. Auch in Kloten sind wir angesichts der besonderen Situation mit den steigenden Stromtarifen dazu verpflichtet, endlich zu handeln. Die SP macht mit dem vorliegenden Postulat einen Vorschlag wie die Menschen mit tiefen Einkommen gezielt und unbürokratisch entlastet werden könnten. Wer individuelle Prämienverbilligung, die sogenannten IPV, bezieht, dem soll die Differenz zwischen der Stromrechnung 2022 und 2023 zurückerstattet werden. Anspruch auf diese Leistung hat aber nur, wer einen eigenen Haushalt führt. Für den Bezug der IPV gelten bereits heute strenge Einkommens- und Vermögensrichtlinien, die von der SVA überprüft wurden. Die erfassten Daten der IPV-Beziehenden bieten daher die Chance schnell und unkompliziert den vulnerabelsten Personen zu helfen. Ja, diese Massnahme wird uns aber auch etwas kosten. Das möchte ich an dieser Stelle nicht bestreiten. Die Finanzlage unserer Stadt hat sich aber wieder stabilisiert und wir budgetieren dieses Jahr sogar einen Ertragsüberschuss von CHF 1 Mio. Es wäre angebracht, angesichts der Notsituation, dieses Geld in die Schwächsten unserer Gesellschaft zu investieren. Geschätzte Anwesende, die Winterzeit ist da. Lasst uns doch in dieser kalten Jahreszeit für etwas soziale Wärme sorgen. In diesem Sinne bitte ich euch, dem Postulat zuzustimmen.

Ratspräsident, Marc Denzler: Ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und innerhalb von sechs Monaten Auskunft zu erteilen?

Stadtrat Kurt Hottinger: Selbstverständlich sind wir bereit das Postulat entgegenzunehmen

Grüne-Fraktion, Fabienne Kühnis: Ich nehme an die meisten oder sogar allen hier im Saal geht es gut. Wir können uns nicht vorstellen, wie es ist beim Posten auf jedes 5-Rappen-Stück zu achten. Wir Grünen finden daher den vorliegenden Vorstoss eine gute Sache. Wir sind aber froh, dass es ein Postulat ist und nicht eine Motion. Denn das Postulat ist noch nicht ganz ausgereift. So hat der Stadtrat die Chance zu schauen, wie die Umsetzung am besten ist, ohne dass es ein Bürotiger oder einem Giesskannenprinzip unterliegt. Die Grüne-Fraktion ist für den Vorstoss der SP.

GLP-Fraktion, André Käser: Die GLP-Fraktion hegt grundsätzlich eine grosse Sympathie für das Anliegen, dass Personen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden, gezielt unterstützt werden. Es ist klar, dass die zusätzliche Belastung von CHF 40.00 bis CHF 50.00 pro Monat für die gestiegenen Strompreise einige Menschen in Kloten in zusätzliche finanzielle Bedrängnis führt. Vermutlich trifft es zu, dass diejenigen Haushalte, welche durch die Strompreiserhöhung in finanzielle Bedrängnis geraten, auch individuelle

Prämienverbilligung erhalten. Aber nicht alle Haushalte, welche von individuellen Prämienverbilligungen profitieren, können die zusätzlichen CHF 40.00 bis CHF 50.00 nicht selber tragen. Wir weisen auf die bestehenden Strukturen hin, welche Menschen in finanziellen Notlagen unterstützen. So kann die berechnete und benötigte Unterstützung von denjenigen Haushalten, welche die zusätzlichen Kosten nicht selber tragen können, gezielt erfolgen. So, wie wir es übrigens in Bezug auf die Anfrage von Franziska Wisskirchen "Unverhältnismässige Strompreisentwicklung Kloten" auch schon erwähnt haben. Auch wir finden, dass den Personen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, geholfen werden soll, aber mit den bestehenden Strukturen. Die GLP lehnt die Überweisung ab.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Danke für das Postulat, verehrter Kollege Töpfer. Du weisst, ich schätze die Initiative einen politischen Vorstoss zu machen sehr. Es lässt sich dazu aber doch einiges sagen und es zeigt sich einmal mehr, dass es da nicht wirklich grossen Interpretationsspielraum benötigt, was da auf politischen Weg probiert wird. Geld, welches uns nicht gehört soll verteilt werden. Das ist bei weitem zu einfach und unfair. Uns allen sollte klar sein, dass im Fall einer Überweisung dieses Postulats, und wenn sich die Stadt Kloten bereit erklärt, die Mehrkosten zu tragen, dass jemand diese Mehrkosten erwirtschaften muss. Sprich der Steuerzahler muss dies schlussendlich zahlen. Wir fragen uns dann auch, wo war dann die Zustimmung für die Entlastung der KMU? Und wo ist die Entlastung des Mittelstands? Als es darum ging, die Benzin- und Dieselpreise für das Gewerbe zu senken, kam die Blockade aus dem Links-Grünen-Bereich. Genau aus diesem Bereich, der jetzt wieder einen Vorschlag bringt, um zusätzliche Subventionen für eine bestimmte Gruppe von Menschen einzuführen. Zudem, von welchen Mehrkosten sprechen wir den genau? Was müssen wir budgetieren? Wir diskutieren heute über das Budget. Was heisst das für die Folgejahre 2023, 2024 und 2025? Wir haben alle gesehen und haben dieses Thema an der letzten Sitzung behandelt, wie die ibk ihren Strom einkauft. Das Thema wird uns also noch einen guten Moment lang begleiten. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass nicht immer was als gut gedacht und gut angeschaut wird, auch tatsächlich gut durchdacht ist. Mit der Umsetzung des Vorschlags würde in ein bewährtes System eingegriffen, da spreche ich in dieselbe Richtung wie bereits die GLP, ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen zu nehmen. Bereits heute kann jeder mittels Ergänzungs- und Zusatzleistungen die Notlage ausgleichen und bei existenzgefährdenden Situationen greift die Sozialhilfe. Die Regelwerke der staatlichen Unterstützung sind ausgereift, erprobt und werden durch hochprofessionelle Sozialdienste bei uns in Kloten fair und gerecht umgesetzt. Würden jetzt Beträge ausserhalb dieses Systems gesprochen, dann würde dies Tür und Tor öffnen für ungerechte und vor allem unausgeglichene Behandlung von Einkommensschwachen Menschen. Das kann nicht im Sinne der Partei des Postulanten sein. Zudem liebe SP, gilt es noch eine Grundsatzfrage zu stellen. Es geht doch darum, dass man Strom spart, dass man die Energienutzung reduziert und dass man studiert bevor man auf den Schalter drückt oder dass man auch überlegt jetzt einmal zu Fuss die Treppe zu nehmen statt den Lift. Wer soll den motiviert sein, mitzumachen, wenn die Mehrkosten sowieso von jemand anderem getragen werden? Da fehlt die komplette Motivation für die Eigenverantwortung für das eigene Portemonnaie. Damit wir uns klar und deutlich verstehen – kein Klotener soll frieren und keiner soll sich den Arztbesuch nicht mehr leisten können. Das ist definitiv nicht die Idee. Und sicher nicht, weil er sich den Strom oder Heizöl nicht mehr leisten kann. Aber da gibt es, wie oben erwähnt zielführendere und bessere Wege als über ein Postulat eine zusätzliche Subvention einzuführen. Ich danke für das Interesse und wie gesagt auch für die politische Initiative. Die SVP wird der Überweisung des Postulats nicht zustimmen.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Symptombekämpfung ist zwar gut gemeint, aber nicht zielführend. Wir verstehen den vorliegenden Antrag und würdigen auch den Wunsch, finanziell belasteten Menschen noch mehr zu helfen. Aber man darf nicht einfach die Symptome von jeder ungünstigen internationalen Situation mit Steuergeldern abschwächen. Die Symptome sind nicht die Ursache, sondern sie zeigen, dass an einem anderen Ort etwas nicht stimmt. Die globalen Märkte sind aus dem Takt und es braucht seine Zeit bis sie wieder wie ein Uhrwerk laufen. Entweder lassen wir den freien Markt spielen und bezahlen den aktuellen Wert

oder wir deckeln den Preis schweizweit und der Staat übernimmt das Risiko. Den Strommarkt wollten wir aber alle liberalisieren und haben auch in den letzten Jahren von günstigen Energiepreisen profitiert. Das hat sich jetzt geändert und zwar nicht irgendwie fließend und gemütlich, sondern schlagartig. Darum verstehen wir auch die entsprechenden Hilferufe. Die Entwicklung lässt sich aber auch nicht rückgängig machen. Auch wenn wir den Markt in dieser Runde nicht beeinflussen können, liegt es dennoch an uns, wie wir langfristig mit dieser Entwicklung klarkommen und nicht abgehängt werden. Da hilft kein Finanzpflaster, egal welche Kosten gerade jetzt auf dem Portemonnaie drücken. Einmal ist es Holz, mal das Benzin, Elektrochips, Strom oder andere Güter. Diese Woche haben wir gehört Sektgläser ist das nächste. Bezüglich Armutsprävention kann man immer mehr machen, aber es muss entsprechend querfinanziert werden. Ausserdem besteht heute ein soziales Auffangnetz, welches finanziell belastete Menschen unterstützt und dies unabhängig vom ursprünglichen Auslöser, der zur Armut geführt hat. Dazu sind immer mehr Faktoren nötig, nicht nur Strom. Die Mitte Fraktion unterstützt das Postulat entsprechend nicht.

FDP-Fraktion, Philipp Gehrig: Max, danke für den Gedankenanstoss. Wir haben das Anliegen in der Fraktion intensiv geprüft. Es war auch eine interessante Auseinandersetzung mit einem Sozialsystem, welches man wie bei anderen Vorstößen auf unserer Ebenen vielleicht manchmal zu wenig erlebt. Wir haben auch die Gelegenheit genutzt, uns mit dem zuständigen Stadtrat Kurt Hottinger auszutauschen. Danke für diesen Austausch. Wir sind zum Schluss gekommen, um dies vorweg zu nehmen, dass das Postulat der falsche Weg ist. Wir werden daher auch nicht für die Überweisung stimmen. Unserer Meinung nach muss die Unterstützung, wie bereits von anderen Fraktionen erwähnt, über die bereits gegebenen Strukturen Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen verlaufen. Jeder der hineingerät, jeder der in der Sozialhilfe landet, muss unterstützt werden und das auch zur Genüge. Wie wir informiert wurden gibt es bspw. neue SKOS-Empfehlungen zu den Nebenkosten. Diese werden auch von der Stadt Kloten vorbildlich umgesetzt, wie uns versichert wurde. Somit kommt die Sozialhilfe in unserer Stadt den Verpflichtungen die sie hat unserer Meinung nach. Darum wird den wirklich hilfsbedürftigen korrekt geholfen. Wir haben noch zwei, drei andere Dinge, die uns am Postulat grundsätzlich stören. Erstens die Vermischung von verschiedenen Ursachen. Man hat nie nur die Klotener Situation mit unserer speziellen Preissteigerung bei den Strompreisen, sondern es gibt ganz viele andere Faktoren die hineinspielen. Sehr viele davon sind nicht auf Klotener Ebene gewachsen und können auch nicht auf Klotener Ebene bewältigt werden. Ich weiss um die Stellung der Gemeinde, wenn es um die Armutsbewältigung geht. Dass Kloten für all das Gerade stehen muss, durch eine Sonderlösung, ist aus unserer Sicht eben auch falsch. Und ja, zum Schluss zählt für uns wirklich das: Wir haben eine Sozialhilfe. Ja, es ist möglich, das aufgrund der höheren Stromkosten, gekoppelt mit den vielen anderen Ursachen, vielleicht mehr Leute in der Sozialhilfe landen in nächster Zeit. Das ist so, aber dort wird ihnen dann auch geholfen. Behalten wir das Thema im Auge. Ich glaube da sind wir uns alle sicherlich einig. Beobachten wir die Preisentwicklung. Ich sage, wir gehen jetzt von aktuellen Prognosen aus, aber es gibt viele Szenarien. Ganz ausschliessen möchte das vermutlich niemand, dass irgendwann vielleicht eine Klotener Lösung doch noch angeschaut werden muss. Aber, ich habe vorhin das Stichwort Gewerbe gehört. Dann sollten wir schauen, dass wir auch die Situation beim Gewerbe prüfen. Falls wir irgendwann zum Schluss kommen, dass die Situation doch länger dauert und die Preissteigerungen doch höher sind als am Anfang jetzt antizipiert. Vielleicht kommen wir auch ohne zusätzliche Unterstützungen über die Runde. Das wäre wünschenswert. Darum lehnen wird das Postulat ab.

06.12.2022 Beschluss Nr. 20-2022 Interpellation 8637; Sigi Sommer, SP; Verfolgt die ibk AG dieselbe Gasstrategie wie der Klotener Stadtrat?; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation 8637; Sigi Sommer, SP; Verfolgt die ibk AG dieselbe Gasstrategie wie der Klotener Stadtrat?; Begründung

Sigi Sommer, SP und Mitunterzeichnende haben am 16. November 2022 die folgende Interpellation eingereicht:

«Ein Entscheid über die Zukunft des Gasnetzes wird erst im Jahr 2040 gefällt werden» war am 5. November im Zürcher Unterländer zu lesen, als ein Vertreter der ibk AG zum Gasnetz in Kloten befragt wurde. Neben anderen verwirrenden Aussagen, wie z.B. «Wir ahnten nicht, dass der Klimaschutz so schnell dringlich wird» oder «In den grossen Städten ist der Abbau der Gasanschlüsse politisch gewollt. Bei uns in Kloten verfolgten die Entscheidungsträger anscheinend eine andere Strategie.», wird in diesem Interview eine sehr unkritische Haltung zum Thema Gas als Wärmeerzeuger vermittelt. Man bekommt gar das Gefühl, dass sich die ibk AG noch möglichst lange nicht vom Gas trennen möchte.

Dies widerspiegelt jedoch nicht den Willen der Stadt Kloten in der städtischen Gesamtenergiestrategie, welche vor fast anderthalb Jahren im Gemeinderat einstimmig angenommen wurde. In dieser steht beispielsweise, dass bis 2030 die Deckung des Wärme- und Kältebedarfs mit erneuerbaren Energieträgern bereits 60% betragen soll und bis 2050 soll dieser Bedarf komplett erneuerbar gedeckt sein. Ein Abwarten mit dem Entscheid über die Zukunft des Gasnetzes bis 2040 ist absolut nicht förderlich zur Erreichung dieser Ziele.

Es entsteht das Gefühl, dass die Stadt und die ibk AG zwei verschiedene Strategien verfolgen und um mehr Klarheit zu bekommen, würde ich mich über die Beantwortung folgender Fragen freuen:

- *Wie werden die Vorgaben und Ziele aus der Klotener Gesamtenergiestrategie und dem Energieplan konkret in der 2022 überarbeiteten Eigentümerstrategie der ibk AG abgebildet?
Falls dies bisher gar nicht oder erst in einem ungenügenden Umfang geschehen ist, bis wann ist mit einer Festsetzung dieser Vorgaben und Ziele in der Eigentümerstrategie der ibk AG zu rechnen?*
- *Gemäss der Antwort des Stadtrates zur Vorlage 6192 (Interpellation Roman Walt, glp; Rechtliche Verhältnisse zwischen der Stadt Kloten und den Industriellen Betrieben Kloten (ibk)) ist die Eigentümerstrategie « [...] das geeignetste Instrument zur Einflussnahme im Sinnes des Aktionariates, d.h. der Stadt Kloten.»
Teilt der Stadtrat diese Auffassung immer noch?
Falls nein, was muss aus Sicht des Stadtrates getan werden, um die Einflussnahme auf die ibk AG zu verbessern, wodurch auch die zufriedenstellende und zügige Umsetzung der Vorgaben und Ziele aus der Klotener Gesamtenergiestrategie und dem Energieplan gewährleistet werden kann?*
- *Im Energieplan wird auf eine Gasstrategie verwiesen, die zur Zeit der Annahme des Energieplans und der Gesamtenergiestrategie noch in Arbeit war.
Wie weit ist diese Gasstrategie fortgeschritten?
Wann kann mit einer Fertigstellung dieser Strategie gerechnet werden?*
- *Teilt der Stadtrat die Haltung der ibk AG, dass Erdgas eine Energie der Zukunft sei und über das Gasnetz erst 2040 entschieden werden soll?
Falls ja, wie lässt sich das mit der Gesamtenergiestrategie vereinbaren?
Falls nein, kann mit einem konkreten Gasausstiegstermin für Wärmezwecke gerechnet werden, so dass sich die Bevölkerung schon heute darauf vorbereiten kann?*

Beschluss:

1. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. der Gemeinderatssitzung vom 07. Februar 2022 schriftlich.

Wortmeldungen

SP-Fraktion, Sigi Sommer: *«Ein Entscheid über die Zukunft des Gasnetzes wird erst im Jahr 2040 gefällt werden».* Wir von der SP Kloten waren ziemlich erstaunt und überrascht, als wir diese Aussage von einem Vertreter der ibk am 5. November 2022 im Zürcher Unterländer lasen. Und es kommt noch dicker: *«Wir ahnten nicht, dass der Klimaschutz so schnell dringlich wird»* oder *«In den grossen Städten ist der Abbau der Gasanschlüsse politisch gewollt. Bei uns in Kloten verfolgten die Entscheidungsträger anscheinend eine andere Strategie.»*. Bereits vor ein paar Jahren, als das erste Mal hier im Rat über die Entwicklung des Hohrainli gesprochen wurde, sprach man bereits über den Stopp des Gasausbaus. Bereits da begann man, Alternativen für das Hohrainli-Quartier zu finden. Die Aussagen des ibk-Vertreters sind einfach unglaublich unkritisch. Es macht den Eindruck, dass sich die ibk AG noch möglichst lange nicht vom Gas lösen möchte. Dies widerspiegelt absolut nicht den Willen der Stadt Kloten, welcher in der städtischen Gesamtenergiestrategie, geschrieben steht. Man bekommt eindeutig das Gefühl, dass Kloten und die ibk nicht am selben Strang ziehen und verschiedene Strategien verfolgen. Jetzt könnte man natürlich das Argument des synthetischen Gases einwerfen, aber auch dies ist keine Alternative. Es gibt viel zu wenig davon und wenn überhaupt, sollte man dieses nur dort einsetzen, wo es gar keine andere Lösung gibt. Um mehr Klarheit zu erhalten, wie die Stadt Kloten zu dem Thema steht, stellen wir Fragen, die darauf zielen zu erfahren, wie die Stadt Kloten konkret zur Gasstrategie steht bzw. sie mit der Ausarbeitung der Gasstrategie ist? Wie weit die Vorgaben und Ziele in der Eigentümerstrategie der ibk abgebildet sind? Ob der Stadtrat immer noch der Ansicht ist, dass die Eigentümerstrategie das richtige Mittel ist um auf die ibk Einfluss zu nehmen? Und ob der Stadtrat die Meinung des ibk-Vertreters teilt, welche im Klotener Anzeiger im Artikel vom 05. November 2022 publiziert wurde?

Ratspräsident, Marc Denzler: Wird der Stadtrat die Interpellation heute mündlich oder innerhalb dreier Monate schriftlich beantworten?

Stadträtin Gaby Kuratli: Wir werden die Interpellation schriftlich beantworten.

Energiestrategie; Rahmenkredit 2023 - 2026

In der Volksabstimmung vom 29. November 2020 wurde der "Nachhaltigkeitsartikel" (Art. 1^{bis}) in der Gemeindeordnung der Stadt Kloten beschlossen, welcher per 1. Januar 2022 in Kraft getreten ist. Der Nachhaltigkeitsartikel bestimmt die Energie- und Umweltpolitik der Stadt Kloten wie folgt:

- Die Stadt Kloten setzt in der Energie- und Umweltpolitik auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.
- Der Stadtrat erarbeitet zusammen mit der Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie. Diese umfasst etappierte Ziele zur Förderung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur Reduktion des CO₂-Ausstosses.
- Zur Erreichung der etappierten Ziele und für die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen beantragt der Stadtrat alle vier Jahre einen Rahmenkredit.

Im Sinne dieses Auftrags formulierte die Energiekommission eine Gesamtenergiestrategie, welche am 9. März 2021 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Die Energiekommission hat nun für die langfristige Zielerreichung Massnahmenswerpunkte formuliert. Zur Umsetzung dieser Massnahmen wird dem Gemeinderat ein entsprechender Antrag für einen Rahmenkredit für die Jahre 2023-2026 unterbreitet.

Zielerreichung der Gesamtenergiestrategie

Die Energiebilanz der Stadt Kloten fasst die zentralen Klimakennwerte der Stadt Kloten zusammen und vergleicht diese mit übergeordneten Klimazielen. Der Bericht zeigt den Energiebedarf bei Wärme und Strom, den Gesamtenergieverbrauch sowie die CO₂ Emissionen und stellt diese den Energie- und CO₂ Zielen der Energiestrategie 2050 des Bundes, dem Pariser Klimaabkommen, den Empfehlungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sowie der 2000-Watt-Gesellschaft gegenüber.

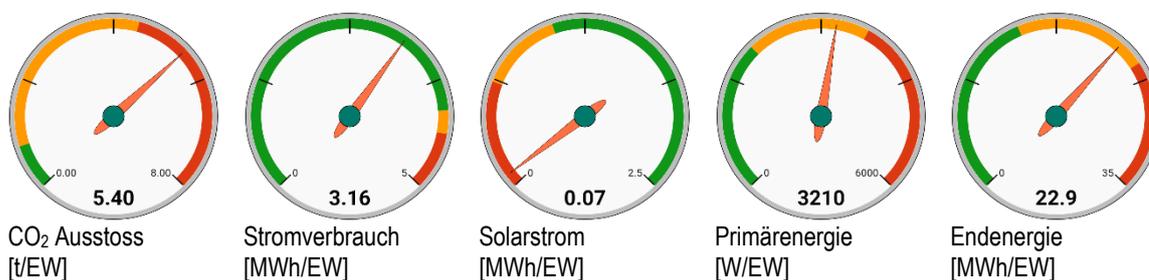


Abbildung 1: Stand der Klimaziele der Stadt Kloten (2020).

Aus der Energiebilanz geht hervor, dass beim Stromverbrauch, bei der Primärenergie und der Endenergie ein positiver Trend sichtbar ist. Bei der Reduktion der CO₂ Emissionen und beim Ausbau der lokalen Stromproduktion besteht hingegen ein sehr grosser Handlungsbedarf.

Die Energiekommission hat auf Basis dieser Erkenntnisse und Fakten deshalb die Handlungsfelder der Gesamtenergiestrategie beleuchtet und mögliche Massnahmen und deren Wirkung zur Erreichung der Klimaziele geprüft und entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Diese sind im Bericht zum Rahmenkredit 2023-2026 zusammengefasst.

Bericht zum Rahmenkredit 2023-2026

Der Bericht zum Rahmenkredit 2023-2026 zur Gesamtenergiestrategie der Stadt Kloten beschreibt im Detail die Massnahmen, welche für die nächsten Jahre von der Energiekommission vorgeschlagen werden. Nicht alle Massnahmen, welche den Klimazielen der Stadt Kloten dienen, müssen jedoch innerhalb eines Rahmenkredits zur Gesamtenergiestrategie budgetiert werden. Viele (teilweise bereits bestehende) Einzelmassnahmen werden laufend in den verschiedenen Verwaltungsbereichen direkt umgesetzt, wie z.B. kontinuierliche energetische Betriebsoptimierungen, Sanierungen, Einkauf von energieeffizienten Geräten oder die Fahrzeugbeschaffung.

Einige der im Bericht zusätzlich empfohlenen Massnahmen können ebenfalls in der regulären jährlichen Planung umgesetzt oder durch den Ökofonds der ibk AG finanziert werden. Dabei handelt es sich um Massnahmen im Bereich der Energieberatung, Veloverleihsysteme, öffentliche Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität oder auch die Erfolgskontrolle zur Energiestrategie.

Die Energiekommission ist jedoch zum Schluss gekommen, dass die erneuerbare Wärmeversorgung und die Photovoltaik zusätzliche längerfristige Massnahmen bedürfen, damit die Stadt Kloten ihre Klimaziele in diesen Themenkreisen erreichen kann. Diese Massnahmen sollen innerhalb eines Rahmenkredits budgetiert werden, auch damit die Energiekommission in der detaillierten Umsetzung Spielraum erhält.

Schwerpunkt Wärmeversorgung und lokale Stromproduktion

Bei der Umstellung auf erneuerbare Wärmeerzeuger stehen Liegenschaften in weiten Teilen Klotens künftig vor grossen Herausforderungen. In Kloten werden derzeit 919 fossile Heizungen betrieben, welche mittelfristig durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden müssen. Grosse Teile von Kloten liegen jedoch im Grundwasserbereich und die Grundwassermengen können lediglich einen Bruchteil der Liegenschaften in diesem Gebiet mit erneuerbarer Energie versorgen. Gleichzeitig ist in diesem Gebiet die Erdwärmennutzung mit Erdsonden gesetzlich nicht erlaubt, Luft-Wasserwärmepumpen oder Holzheizungen sind aufgrund der Bebauungsdichte und nötigen Anlagengrössen nur begrenzt realisierbar.

Dieses Gebiet ist in etwa Deckungsgleich mit dem bestehenden Erdgasnetz der ibk AG. In diesem Gebiet soll deshalb künftig eine Alternative zur Gasinfrastruktur mit einer Fernwärmeversorgung geprüft und vorangetrieben werden. Die Planung der Wärmeverbände als Alternative zur bisherigen Gasversorgung soll mit der Masterplanung Energie 2030+ und dem Energieportal gemeinsam mit der ibk AG entwickelt werden.

Als mögliche Energiequelle für die künftige Fernwärmeversorgung wird parallel die Machbarkeit eines grossen Holzheizkraftwerks im Verbund mit Entsorgung + Recycling - Stadt Zürich, unter Einbezug der Flughafen Zürich AG und der Stadt Opfikon geprüft.

Bei der Stromproduktion auf Stadtgebiet bietet faktisch die Photovoltaik die einzige praktikable Möglichkeit die lokale Stromproduktion zu erhöhen. Aus diesem Grund schlägt die Energiekommission in diesem Handlungsfeld ein Förderprogramm zum Ausbau der Photovoltaik vor.

Rahmenkredit 2023-2026

Für die Masterplanung Energie 2030+, das Energieportal, die Machbarkeitsstudie zum Holzheizkraftwerk und das Förderprogramm "Mehr Solarstrom für Kloten" erachtet es die Energiekommission als sinnvoll, einen Rahmenkredit zu sprechen. Für die mehrjährigen Massnahmen im Bereich Wärmeversorgung und Stromproduktion schlägt die Energiekommission deshalb folgenden Rahmenkredit vor.

Massnahmen Rahmenkredit 2023-2026

Handlungsfeld	Massnahme		Resultat
Wärmeversorgung	Energieportal	Fr. 95'000.00	Ist-Situation und Auskunft Wärmeversorgung Planungssicherheit Energieplanung Entscheidungsgrundlagen für Machbarkeit
	Masterplan Energie 2030+ ¹⁾	Fr. 70'000.00	
	Machbarkeit Holzheizkraftwerk Dorfnäsch	Fr. 250'000.00	
Stromproduktion	Mehr Solarstrom für Kloten (+850 kWp / Jahr)	Fr. 1'390'000.00	Förderung beim Bau von Photovoltaikanlagen
	Total Rahmenkredit 2023-2026	Fr. 1'805'000.00	
Total Budget 2023		Fr. 451'250.00	

¹⁾ Anteil der Stadt Kloten, Betrag in gleicher Höhe wird von der ibk AG getragen. Mit der Masterplanung wurde 2022 schon begonnen. Die eingestellten Kosten umfassen die nach 2022 folgenden Aufgaben.

Erwartete Wirkung der Massnahmen

Mit den im Rahmenkredit vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Wärmeversorgung soll die Einsparung an CO₂ Emissionen in Kloten zusätzlich vorangetrieben werden. Insgesamt wird erwartet, dass dank flankierenden Massnahmen gegenüber einer Strategie "weiter wie bisher" eine deutlich höhere Reduktion der CO₂ Emissionen erreicht werden kann. Diese Reduktion ist nötig, um die Klimaziele der Stadt Kloten bis 2050 erreichen zu können. Abbildung 2 zeigt die erwartete Entwicklung bei den CO₂ Emissionen bis 2026 für die Stadt Kloten auf.

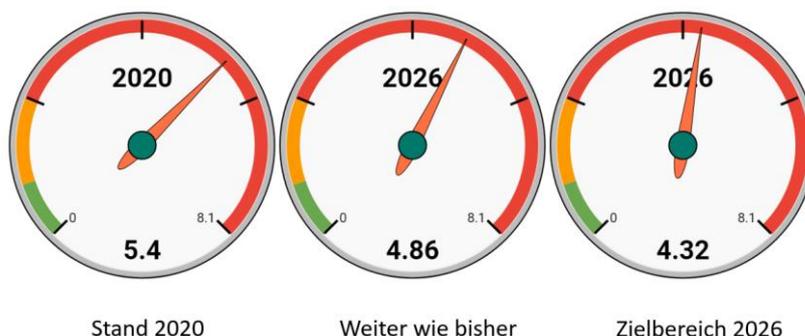


Abbildung 2: Prognose Entwicklung der CO₂ Emissionen bis 2026 in Tonnen pro Einwohnende und Jahr. Als Referenzjahr für die CO₂ Emissionen gilt das Jahr 1990 mit 8.1 Tonnen pro Einwohnende und Jahr. Der orange Bereich entspricht den Klimazielen des Pariser Abkommens. Der grüne Bereich entspricht dem Netto Null Ziel des Bundes ohne die Nutzung von Negativ-Emissionstechnologien.

Ebenso soll das Förderprogramm zur Photovoltaik zu einem stärkeren Zuwachs an Photovoltaikanlagen bewirken, als bei der Strategie "weiter wie bisher" zu erwarten wäre. Abbildung 3 zeigt die erwartete Entwicklung bei der Solarstromproduktion bis 2026 für die Stadt Kloten auf.

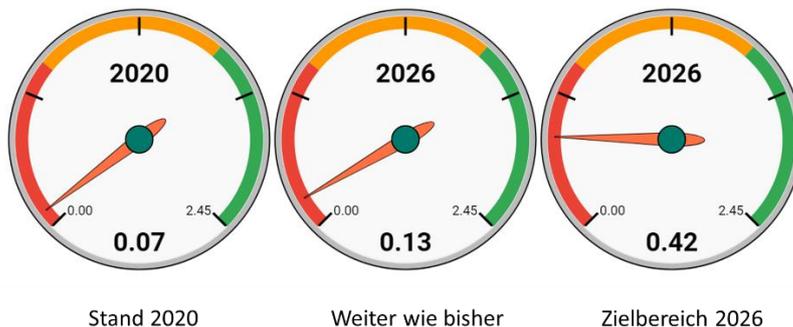


Abbildung 3: Prognose Entwicklung der Solarstromproduktion bis 2026 in MWh pro Einwohnende und Jahr. Als Referenzjahr gilt das Jahr 2000. Der rote Bereich entspricht dem Ausbauziel von 2030, der orange Bereich dem Ausbauziel von 2040.

Durch den Massnahmen-schwerpunkt zur Förderung der Photovoltaik soll bis 2026 die Produktion von Solarstrom von 0.07 MWh pro Einwohnende auf 0.42 MWh pro Einwohnende gesteigert werden können.

Fazit

Die Energiekommission ist zum Schluss gekommen, dass ohne weitere zusätzliche Massnahmen die Energie- und Klimaziele der Stadt Kloten nicht erreicht werden. Gleichzeitig wurden die Massnahmen-schwerpunkte auf die dringendsten Themen wie die Wärmeversorgung und die Photovoltaik konzentriert. Somit sollen finanzielle Mittel nicht in einem Giesskannenprinzip versickern, sondern gezielt ihre Wirkung entfalten.

Nach der Massnahmenperiode 2023 - 2026 soll die Wirkung dieser geplanten Massnahmen durch die Energiekommission erneut beurteilt werden. Entsprechend der Wirkung der getätigten Massnahmen und des künftigen Handlungsbedarfs wird die Energiekommission dann zumal weitere, zusätzliche oder andere Massnahmen empfehlen können.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Stadtrat stimmt den Empfehlungen der Energiekommission zu.
2. Für die Jahre 2023 - 2026 soll ein Rahmenkredit für die Massnahmen im Bereich Wärmeversorgung und Solarstromproduktion von Fr. 1'805'000.00 zur Verfügung gestellt werden.
3. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den entsprechenden Rahmenkredit für die Jahre 2023 - 2026 von Fr. 1'805'000.00 zu genehmigen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Rahmenkredit für die Massnahmen im Bereich Wärmeversorgung und Solarstromproduktion für die Jahre 2023 - 2026 von Fr. 1'805'000.00 wird genehmigt.

Beschluss:

1. Der Rahmenkredit für die Massnahmen im Bereich Wärmeversorgung und Solarstromproduktion für die Jahre 2023 - 2026 von Fr. 1'805'000.00 wird einstimmig genehmigt.

Wortmeldungen

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK), Roman Walt: Vor ziemlich genau zwei Jahren, am 29. November 2020, hat die Klotener Bevölkerung über die Ergänzung der Gemeindeordnung mit einem Nachhaltigkeitsartikel abgestimmt. Angenommen wurde der Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Initiative für ein nachhaltiges Kloten, welcher in der Gemeindeordnung festschreibt, dass der Stadtrat dem Gemeinderat alle vier Jahre einen Rahmenkredit vorlegt, um etappierte Ziele der Gesamtenergiestrategie Klotens über geeignete Massnahmen erreichen zu können. Das vorliegende Geschäft 5963: Energiestrategie; Rahmenkredit 2023 - 2026, erfüllt diese Vorgabe. Eine kurze Einordnung: Die Gesamtenergiestrategie sieht für die Stadt Kloten vor, das Potenzial lokal produzierbarer erneuerbarer Energie auszuschöpfen und sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür einzusetzen, die Stadt Kloten bis 2050 möglichst ohne fossile Energieträger zu versorgen um ihre CO₂ Emissionen soweit wie möglich zu senken. In der letzten Gemeinderatsitzung vom 01. November 2022 hat der Rat vom Bericht zur Erreichung der Klimaziele bis 2020 und die Messwerte, welche die Zielerreichung festhalten, Kenntnis genommen. Und wie der GRPK-Referent Marco Brunner da festgehalten hat: bei gewissen Zielwerten sind wir auf Kurs (bspw. beim Stromverbrauch, Energieverbrauch und Kennwerten der 2000 Watt Gesellschaft). Bei der Reduktion der CO₂ Emissionen aus der Wärmeerzeugung und der Mobilität besteht noch Nachholbedarf, und insbesondere bei der Erzeugung von lokalem Strom aus Photovoltaik ist Kloten von den Zielwerten weit entfernt. Die Energiekommission als beratende Kommission des Stadtrats hat darum in den letzten Monaten ein Massnahmenpaket formuliert, welches insbesondere in den Bereichen "Wärmeversorgung der Gebäude", "Erneuerbare Stromproduktion auf Gemeindegebiet", "Mobilität" und "Konsum der Bevölkerung" in den nächsten vier Jahren Fortschritte erzielen will und soll. Diese Beschreibung der definierten Massnahmen sind dem vorliegenden Geschäft beigelegt, es kommen aber nicht alle Massnahmen in diesem Geschäft zur Abstimmung. Die Massnahmen umfassen beispielsweise ein Beratungsprogramm zur Wärme- und Energieversorgung, welches aus dem Ökofonds der IBK finanziert werden soll. Das entsprechende Geschäft, welches die Leistungen des Fonds über eine Verordnung regelt, ist aktuell aber noch hier im Rat, genauer bei der GRPK in Bearbeitung. Einzelne geplante Massnahmen wurden bzw. werden direkt ins Budget eingestellt, beispielsweise zusätzliche Stationen für Publibikes, die mittels GLP-Postulat geforderten Carcobikes, den jährlichen Klimabericht und ein Pilotprojekt ressourcenschonendes Leben, um die Bevölkerung hinsichtlich nachhaltigen Konsums und Mobilität zu sensibilisieren. Diese Massnahmen werden - sobald budgetrelevant - im Rahmen der Budgetdebatte diskutiert, wie wir im nachfolgenden Traktandum sehen werden. Der eigentliche Rahmenkredit, um welchen es in diesem Geschäft geht, umfasst vier Massnahmen: Erstens der Aufbau eines Energieportals für CHF 95'000.00, um die Ist-Situation zu erfassen und Auskunft für die Wärmeversorgung geben zu können. Weiter einen Masterplan Wärme 2030+ für CHF 70'000.00, um Planungssicherheit bei der Energieplanung zu erreichen. Drittens eine Vorstudie Machbarkeit Holzheizkraftwerk Dorfnäst CHF 250'000.00 und zum Schluss das Programm "Mehr Solarstrom für Kloten (+850 kWp /Jahr)" für CHF 1'390'000.00. Ziel ist hier ein einfacherer und subventionierter Bau von Photovoltaik. Der Rahmenkredit umfasst also insgesamt CHF 1'805'000.00. Etwas detaillierter zu den Massnahmen. Mit dem Energieportal und dem Masterplan Energie 2030+ sollen Werkzeuge geschaffen werden, um Bevölkerung und Stadt optimal bei der Transformation des Energie- und insbesondere des Wärmenetzes zu unterstützen. Dies umfasst der Zugang zu Information bis zum Monitoring der Kennwerte zur Erreichung der Klimaziele. Gerade im Bereich Wärmeverbünde ist eine frühzeitige und klare Planung sinnvoll, da bspw. Grundwasser nicht im Übermass für die Wärmegewinnung genutzt werden kann. Die Kosten für die Ausarbeitung der beiden Massnahmen werden zwischen Stadt und

IBK geteilt. Die Vorstudie Machbarkeit Holzheizkraftwerk Dorfnäst hat zum Ziel zu prüfen, ob der voraussichtlich offene Deckungsbedarf an fossilfreier Wärmeproduktion bzw. -nutzung von 64 GWh im Jahr 2050 unter anderem durch ein Holzheizkraftwerk im Fernwärmenetz von Flughafen Zürich und Stadt Zürich auch für Kloten Vorteile bringen kann. Falls diese Vorstudie erfolgsversprechend ausfällt, kann im Anschluss eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Auch hier wird die Finanzierung durch alle beteiligten Projektpartner getragen. Der Kern des Rahmenkredits bildet die Förderung des Baus von Photovoltaikanlagen. Das Ziel ist hier ein Zubau von 1'700kWp pro Jahr, um die Ziele gemäss Gesamtenergiestrategie überhaupt erreichen zu können. Zur Einordnung: diese 1'700 kWp hat Kloten in den letzten 14 Jahren gesamthaft zugebaut. Gefördert werden etwa die Hälfte dieses Zubaus, 850kWp, und zwar nur auf bestehenden Gebäuden. Neubauten werden aufgrund gesetzlichen Auftrags nicht gefördert, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Im Kredit von CHF 1.39 Mio. sind knapp CHF 100'000 für Aufbau und Betreuungsmassnahmen des Programms vorgesehen, knapp CHF 1.29 Millionen an effektiven Fördermitteln stehen zur Verfügung. Die GRPK hat die Vorlage intensiv beraten, besten Dank hier an die zuständige Stadträtin Gaby Kuratli, Stadtrat Roger Isler, Bereichsleiter Marc Osterwalder und Umweltbeauftragter Daniel Martinelli. Wie ausgeführt steht dieses Geschäft, der Rahmenkredit, nicht für sich alleine, sondern ist eingebunden in verschiedene Massnahmen, Abhängigkeiten, Zuständigkeiten und Arbeiten, welche aktuell laufen. Entsprechend hat die GRPK viele Fragen gestellt, Antworten hinterfragt und bei - aus Sicht der Kommission - ungenügenden Antworten immer wieder nachgefragt. Leider konnten nicht alle Antworten vollends zufriedenstellend beantwortet werden, und bei gewissen Massnahmen stellt eine Mehrheit der GRPK die Frage der Sinnhaftigkeit, was zu entsprechenden Änderungsanträgen in der nachfolgenden Budgetdebatte geführt hat. An dieser Stelle hält die GRPK fest, dass sie ihren Auftrag gemäss gesetzlicher Vorgabe wahrnimmt und dieses Geschäft wie alle anderen zugewiesenen Geschäfte ordentlich prüft, finanztechnisch und politisch. Für die Rückspielung der Arbeiten und Fragen der GRPK in die eigene, beratende Kommission und die entsprechende Begründung und Vertretung des Geschäfts im Sinne der Kommission in der GRPK ist der zuständige Stadtrat verantwortlich, nicht die GRPK, und nicht die Mitglieder der stadträtlichen Energiekommission. Wir bitten, diese Aufgabenteilung zukünftig zu beherzigen. Der GRPK erscheinen die dargelegten Massnahmen grösstenteils zielführend und ausgewogen. Beim eigentlichen Rahmenkredit ist sich die GRPK einig, dass nun wesentliche Fortschritte beim Zubau von Photovoltaik und bei der Analyse der Transformation der Wärmeversorgung gemacht werden müssen. Die GRPK empfiehlt dem Gemeinderat daher einstimmig dem Antrag des Stadtrats zu folgen und dem Rahmenkredit von CHF 1'805'000.00 zuzustimmen.

Grüne-Fraktion, Reto Schindler: Seit einer gefühlten Ewigkeit bin ich jetzt schon Mitglied der Energiekommission bzw. der damaligen Kommission Energiestrategie. Wir hatten bereits etliche Sitzungen und dabei über vieles diskutiert. Aber jetzt endlich ist er da, der Tag an dem wir hier und jetzt die nötigen Schritte einleiten um endlich mit der konkreten Arbeit zu beginnen. Das freut mich enorm, auch wenn wir schon spät dran sind. Aber besser spät als nie. Müssen wir doch einen gewaltigen Effort leisten, dass wir bis im Jahr 2050 wirklich klimaneutral und fossilfrei dastehen. Wir Grüne sagen mit voller Überzeugung Ja zum Rahmenkredit Energiestrategie. Vielen Dank auch allen anderen Fraktion, für die gute Zusammenarbeit.

GLP-Fraktion, André Käser: Die GLP-Fraktion unterstützt die Bewilligung des Rahmenkredits 2023 bis 2026 zur Energiestrategie. Mit CHF 1.805 Mio. für vier Jahr bzw. CHF 451'252.00 investieren wir in die Energie der Zukunft. Der Energiebilanz der Stadt Kloten kann man entnehmen, dass bei der Reduktion der CO₂-Emissionen und beim Ausbau der lokalen Stromproduktion sehr grosser Handlungsbedarf besteht. Wir begrüssen die Förderung der Photovoltaikanlagen mit mehr als $\frac{3}{4}$ des Gesamtbetrags, so dass es mit der lokalen Stromproduktion jetzt möglichst rasch vorwärtsgeht. Dies mit dem Fernziel das Potential der Stadt Kloten auszuschöpfen. Auch bei der Wärmeversorgung muss es jetzt vorwärtsgehen und wir begrüssen die entsprechenden Massnahmen, die mit dem Rahmenkredit finanziert werden. Bei der Wärme ist es klar, wir

müssen weg vom Gas, in welches in den vergangen 15 Jahren viel Geld investiert wurde. Gas ist eben nicht die Energie der Zukunft, wie es auch heute noch auf der Website der ibk steht, sondern die Energie der Vergangenheit. Auch wir haben nicht schlecht gestaunt, als wir lasen, dass die ibk vor 15 Jahren noch nicht annehmen konnte, dass der Klimaschutz so schnell so dringlich wird. Ok. Und übrigens schlägt das Gas mit zusätzlichen Mehrkosten von CHF 550'000.00 und damit könnten wir die diesjährige Tranche des Rahmenkredits und fast alle zusätzlichen Massnahmen der Energiestrategie im 2023 finanzieren. Die GLP sagt Ja zu Rahmenkredit.

SVP-Fraktion, Christian Trachsel: Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Energiekommission für die gute Zusammenarbeit und den offenen Dialog. Die Massnahmen, welche in diesem Kreditantrag enthalten sind, zahlen auf die Ziele der Energie Strategie der Stadt Kloten ein und sind aus unserer Sicht daher sinnvoll. Die Massnahmen sind ein erster Schritt um die Klimapolitik zu verbessern. Die Massnahmen wurden gemeinsam erarbeitet und breit abgestützt. Darum sagt auch die SVP-Kloten ja zum Kredit. Wir wollen fördern und Möglichkeiten aufzeigen und nicht nur verbieten. Die Energiewende soll auch Aufträge und Arbeitsplätze in Kloten sichern. Wir hinterfragen einzelne kleinere Massnahmen aber dazu mehr im Budget.

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Ich möchte nicht alles wiederholen was bereits gesagt wurde. Wie von allen Vorrednern erwähnt, werden die dringlichsten Posten im Bereich der Energiewende in Kloten konkret aufgegriffen. Dies ist vor allem Photovoltaikausbau und der Wärmebereich. Es kommt also endlich Bewegung in die Sache. Der Ball kommt endlich ins Rollen wie hoffentlich der Schweizer Ball heute im portugiesische Tor. Die SP unterstützt den Rahmenkredit daher selbstverständlich einstimmig.

FDP-Fraktion, Irene Frischknecht: Die FDP-Fraktion stimmt dem Rahmenkredit von jährlich CHF 451'250.00 zur Umsetzung der Energiestrategie in den Jahren 2023, 24, 25 und 2026 zu. Wir erachten die definierten Massnahmen zu den Schwerpunkten Wärmeversorgung und Solarstromproduktion als sinnvoll, verhältnismässig und zielführende Teiletappen zum Erreichen der definierten Klimaziele. Gerade in der aktuellen Energiesituation bestätigt es sich, dass aus dem Klimabericht 2020 die richtigen Schlüsse gezogen wurden. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an Daniel Martinelli und die Mitglieder der Energiekommission für die geleistete Arbeit.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Wer hätte vor ein paar Jahren gedacht, das Links und Rechts bei dem Thema zusammenhalten. Da ist ganz viel passiert vor allem in unseren Köpfen. Die Märkte haben mitgespielt. Wir haben Rahmenbedingungen gesetzt, Kommissionen eingesetzt und jetzt heute auch noch einen entsprechenden Rahmenkredit. Wir sind an der Startlinie. Geben wir Vollgas.

Genehmigung Budget 2023 und Festsetzung Steuerfuss 2023

Antrag Stadtrat:

1. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat das Budget 2023 der Politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen.

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr. 203'781'844.00
	Gesamtertrag	Fr. 204'748'091.00
	Ertragsüberschuss	Fr. 966'247.00

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 31'750'417.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 208'643.00
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr. 31'541'774.00

Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr. 1'010'000.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr. -
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	Fr. 1'010'000.00

2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den Steuerfuss auf 103 % (Vorjahr 103 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen.

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100 %)	Fr. 88'900'000.00
Steuerfuss	103%

Erfolgsrechnung	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. 90'600'753.00
	Steuerertrag bei 103%	Fr. 91'567'000.00
	Ertragsüberschuss	Fr. 966'247.00

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss/-fehlbetrag zugewiesen.

Beschluss:

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats vom 04. Oktober 2022 (Beschluss Nr. 251-2022), auf Art. 19 Abs. 1 lit. a) und b) der Gemeindeordnung, den Antrag der GRPK und die Diskussion im Rat beschliesst der Gemeinderat:

1. Das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2023, bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, wird mit folgenden Änderungen, über die einzeln und z.T. in Sammelanträgen abgestimmt wurde, einstimmig genehmigt:

Erfolgsrechnung

Sammelantrag	Wahlbüro	Total CHF	12'000.00
	<i>ER 221020 / 300000 (Kürzung)</i>	CHF	10'000.00
	<i>ER 221020 / 309900 (Kürzung)</i>	CHF	2'000.00
322214 / 330060	Änderung Abschreibung Korrektur IR Einsatzfahrzeug Offizier	CHF	2'750.00
324030 / 343940	Einstellung Vorstudie	CHF	-13'000.00
325051 / 312000	Korrektur (CHF 12'000 anstatt 21'000)	CHF	-9'000.00
425220 / 313100	Streichung Studie Neuer StaO Jugendarbeit / Jugendhaus	CHF	30'000.00
521010 / 313000	Streichung (Erhöhung) Publibikestandorte	CHF	14'000.00
521020 / 313000	Streichung Pilotprojekt ressourcenschonendes Leben	CHF	25'000.00
523010 / 311100	Kürzung um CHF 4'000 auf CHF 16'000	CHF	4'000.00
523320 / 311100	Streichung Panoramatafel	CHF	10'000.00
524010 / 305000	Korrektur auf CHF 13'875.00	CHF	-10'149.00
524010 / 313000	Streichung Vitaparcours	CHF	35'000.00
621000 / 309000	Streichung Doppelbuchung	CHF	22'000.00
621000 / 319900	Streichung CHF 1000 Berufswahlparcours	CHF	1'000.00
623001 / 313000	Kürzung um CHF 22'000 von CHF 112'000 auf CHF 90'000	CHF	22'000.00
Sammelantrag	Streichung Schneesportlager , Korrektur	Total CHF	-52'600.00
	<i>623011 / 302000</i>	CHF	-10'000.00
	<i>623011 / 309000</i>	CHF	-4'800.00
	<i>623011 / 317100</i>	CHF	-83'000.00
	<i>623112 / 309000</i>	CHF	-4'800.00
	<i>623011 / 423100</i>	CHF	50'000.00
623031 / 311000	Streichung Betrag Infrastruktur Sitzungszimmer (6 Stühle)	CHF	3'000.00
623001 / 313100	Massnahme der LÜ21: Einsparung von 10 Fr. / Schüler (1087 Schüler)	CHF	10'870.00
Sammelantrag	SkS-Einheit Spitz: Sekundarschulstufe (2130)	Total CHF	19'150.00
	<i>623142 / 313100 Dienstleistungen Dritte</i>	CHF	22'000.00
	<i>623142 / 361100 Lohn Quimsbeauftragter</i>	CHF	-4'650.00
	<i>623142 / 461100 Quimgelder Kanton</i>	CHF	1'800.00
Sammelantrag	Schulhorte; StR-Beschluss 279-2022	Total CHF	10'000.00
	<i>627020 / 301000 Erhöhung Stellenplan</i>	CHF	-90'000.00
	<i>627020 / 424000 Zusatzeinnahmen</i>	CHF	100'000.00
723010 / 312000	Anpassung Gaspreis (x3 anstatt x2)	CHF	-550'000.00

723020 / 311100	Streichung Bewässerungsanlage	CHF	48'000.00
725010 / 311100	Streichung Sportbox	CHF	25'000.00
Total			CHF-370'229.00

Investitionsrechnung

140.5060.022	Reduktion Betrag Einsatzfahrzeug Offizier	CHF	22'000.00
Total			CHF 22'000.00

- Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% wird auf CHF 88'900'000.00 festgesetzt.
- Der Steuerfuss wird auf 103% festgesetzt.
- | | | |
|---|-----|----------------|
| 4. Gesamtaufwand gemäss Antrag Stadtrat | CHF | 203'781'844.00 |
| <u>Abzüglich beschlossener Änderungsanträge Gemeinderat</u> | CHF | 290'300.00 |
| Gesamtaufwand neu | CHF | 204'274'623.00 |
|
 | | |
| Gesamtertrag gemäss Antrag Stadtrat | CHF | 204'748'091.00 |
| <u>Abzüglich beschlossener Änderungsanträge Gemeinderat</u> | CHF | -515'779.00 |
| Gesamtertrag neu | CHF | 204'899'891.00 |
|
 | | |
| Zu Lasten Bilanzüberschuss werden verbucht | CHF | 625'268.00 |
- Die Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von CHF 31'541'774.00 erfahren eine Veränderung um CHF 22'000.00 auf neu CHF 31'519'774.00.
Die Nettoinvestitionen Finanzvermögen von CHF 1'010'000.00 bleiben unverändert.

Wortmeldungen

Grundsatzdebatte

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Peter Nabholz: Das Klotener Budget 2023 zeigt einen Ertragsüberschuss von CHF 966'257.00 inkl. einer Einlage in die finanzpolitischen Reserven von CHF 5 Mio. Ein wenig zurückgescrollt. Entgegen dem diesjährige Budget 2022, welches aus Corona- und Wirtschaftsgründen mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2.8 Mio. geplant wurde, wird die diesjährige Rechnung 2022, dank deutlich höherem Steuerertrag als budgetiert, wohl mit einem Ertragsüberschuss abschliessen. Diese Umstände wurden von der Stadt in ihrem diesjährigen Budgetprozess auch eingepflegt. Der Aufwand beträgt im Budget 2023 CHF 203.8 Mio. und wird damit CHF 31.8 Mio. höher als im Vorjahr. Die Ertragsseite wächst sogar um CHF 35.8 Mio. noch stärker auf CHF 204.7 Mio. Ich möchte gerne auf zwei starke Einflüsse im Budget 2023 eingehen. Zum einen sind dies die Stellenanpassungen, zum anderen die Leistungsüberprüfung 2021, die sogenannte Lü21. Zu den Stellenanpassungen. Es wurden zahlreiche Stellenanpassungen in diesem Budget vorgenommen und werden den Personalaufwand deutlich erhöhen. Die Stellenerhöhungen wurden in verschiedene Kategorien aufgeteilt. Kategorie 1 enthält zwingend notwendige Erhöhungen wie die Asylkoordination und deshalb gebunden. Die Kategorie 1+ ist eine Zuteilungsanpassung, welche eine Erhöhung innerhalb der Funktionsstufe beinhaltet. Die Kategorie 2 ist eine Erhöhung, die in der Regel zum Auffangen der bereits bestehenden Überlastung notwendige ist. In der Kategorie 3.1. ist ein

Leistungsaufbau in der Vergangenheit enthalten, bei welchem aber Stellenpläne nicht oder nicht ausreichend angepasst wurden. Die letzte Kategorie 3.2. betrifft grössere, geplante Leistungsausbauten in der Zukunft, bei welchen noch keine Beschlüsse erfolgt sind. Darum wird der Stellenplan im 2023 eine deutliche Erhöhung erfahren. Da Kategorie 2 und 3.1. erst per 01.01. vom nächsten Jahr und Kategorie 3.2. im Laufe des nächsten Jahres allfällig umgesetzt werden. All diese Anpassungen sind in den einzelnen Cockpits verbucht. Meistens wurden diese der Einfachheit halber als Totalwert, sprich Lohn und die dazugehörigen Sozialkosten, in den Löhnen der einzelnen Cockpits verbucht da in allen Kategorien zusammengerechnet mehr als 50 Positionen geprüft werden mussten. Wenn diese auf die einzelnen Arbeitgeberbeiträge wie AHV, IV, EO, ALV, Pensionskasse, Beiträge an Unfall und Familienausgleichskasse budgetiert hätten müssen, wäre das eine Verkomplizierung für die Übersicht auch für Kolleginnen und Kollegen der GRPK gewesen. Bei der Rechnung 2023 ist dann aber zu begründen, warum man bei den Löhnen dann wieder 18% tiefer liegen, da dann die Sozialkosten wieder ausgebucht werden. Das ist aber mehr eine Buchhaltungsgeschichte. In der Summe sind somit im Stellenplan 610 Stellenprozent mehr als im Vorjahr. Im Lauf des nächsten Jahrs 2023 wird eine zusätzliche Erweiterung des Stellenplans erwartet. Es handelt sich dabei um 665 Stellenprozent in der Kategorie 2 sowie 760 Stellenprozent in der Kategorie 3. Zum Punkt 2, der Leistungsüberprüfung Lü21. Ebenfalls spielt die Lü21 ins Budget. Auch da sprechen wir nach wie vor von 88 Massnahmen, die geprüft werden mussten durch meine Kollegen. Hier ist es für die GRPK wichtig zu wissen, welche wir umsetzen, welche nicht umgesetzt werden können, welche der Stadtrat allfällig schlicht weg nicht umsetzen kann oder anderes mehr. Da die einzelnen Massnahmen nicht immer klar dem Budget entnommen werden konnten, habe ich die Stadt um eine klare Übersicht gebeten. Diese haben wir auch erhalten und diese wurde auch in den einzelnen Cockpits nochmals nachgeprüft. In der Zukunft strebt die GRPK mit der Stadt zusammen an, die vielfältigen Punkte bereits unter dem Jahr miteinander anzuschauen. Dies, wie es im Stadtratsbeschluss 250-2021 steht, damit wir den Umsetzungsstand der Lü21 bereits vor dem Budget kontrollieren können. So dass man dies nicht im normalen Budgetprozess auch noch neu aufrollen muss. Es klingt jetzt etwas ungünstig, aber es ist in Tat und Wahrheit überhaupt nicht so. Die Stadt hatte in ihren Funktionen starke Änderungen. Auch die GRPK besteht aus vier neuen Mitglieder von insgesamt neun Personen. Wir sind im regen Kontakt miteinander. Damit möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei meinen acht Kolleginnen und Kollegen der GRPK für ihren Einsatz bedanken. Zu den gesammelten Anträgen der GRPK werden meine Kolleginnen und Kollegen diese in der folgenden Einzelberatung einbringen. Die Änderungen sind z.T. Fehler, z.T. Korrekturen und z.T. sind es Stadtratsbeschlüsse, welche erst nach Vorlage des Budgets gefasst wurden. Zum Teil geht es nur um CHF 1'800.00. Allen Mitgliedern der GRPK ist es aber wichtig, ein möglichst reales Abbild des Budgets einfließen zu lassen. Darum ist auch der grösste Posten heute die CHF 550'000.00 zusätzliche Belastung aus dem Grund entstanden, dass Kenntnis über den Sachverhalt erst nach der Budgeterstellung eingetreten ist. Der oder die jeweilige Verantwortliche werden euch in der Einzelberatung noch punktuell informieren. Zum Teil sind es auch politisch motivierte Anträge zum streichen/einsparen oder ausweiten. Es wurden ganz viele Fragen gestellt, welche durch die Cockpitverantwortlichen der GRPK, wenn möglich, zuerst selber beantwortet wurden, da wir in der Kommission Details zu einzelnen Cockpitpositionen haben. Erst danach wurden die Fragen an die Stadt weitergeleitet und wurden, wenn immer möglich, direkt bei den Stadträten und den Bereichsleiterinnen und -leiter persönlich und vor Ort besprochen. Am Schluss hatte der Stadtrat und die Geschäftsleitung die Gelegenheit die geplanten Änderungen der GRPK in einer gemeinsamen Sitzung zu erklären. Dies damit letzte Unsicherheiten und Missverständnisse beseitigt werden konnten. Ich komme zum Schluss: Die GRPK hat das Budget 2023 mit den Änderungsanträgen einstimmig abgenommen. Ich bedanke mich bei der Verwaltung und den Stadträten für die gute Zusammenarbeit und die offene und doch oft sachliche Kommunikation. Besonders bedanken möchte ich bei einem Mann, der zusammen mit Mark Wisskirchen der GRPK auf der einen Seite das Budget vor Ort präsentiert hat, welcher aber auch bei den von mir erwähnten Anträgen Stellenplanung und Lü21 zu einer guten Transparenz beigetragen hat. Vielen Dank, Ruedi Ulli für deine Zusatzarbeit. Ich wünsche uns allen eine faire und erfolgreiche Budgetdebatte.

Stadtrat Mark Wisskirchen: Ich möchte mich an dieser Stelle auch bereits für die gute Zusammenarbeit bedanken. Es war nicht ganz einfach. Du hast es erwähnt, es gab auf allen Seite ein paar neue Mitglieder, so dass man sich zuerst finden musste. Ich bin relativ entspannt heute Abend an die Sitzung gekommen und bin zuversichtlich, dass wir eine sehr gute Budgetdebatte erleben werden. Ich werde zu den einzelnen Posten nichts mehr sagen. Ich kenne die Anträge und bin da relativ zuversichtlich resp. ich weiss es, dass wir ein positives Budget hier abschliessen werden. Dies nach der Coronazeit, welche uns doch ziemlich gefordert hat und was der letzte Abschluss gezeigt hat, bereits wieder im schwarzen Bereich Enden wird. Somit bin ich auch dankbar, dass wir auch am Ende des heutigen Abends zu einer schwarzen Zahl gelangen werden. Wie genau, das werden wir noch erfahren. Wichtig dabei ist, dass wir in unsere finanzpolitische Einlage wieder einen rechten Betrag einlegen können und uns somit für die Zukunft ein sicheres Polster aufbauen können. Besten Dank allen Involvierten aus der GRPK, der Verwaltung aber auch an meine Stadtratskollegen.

Grüne-Fraktion, Reto Schindler: *Ich dachte mir, ich komme gleich zu Beginn, denn ich möchte mich auch kurzhalten. Ich denke, es geht je nach dem noch genug Lange hier. Wir Grünen danken für das vorliegende Budget der Stadtverwaltung und dem Stadtrat. Wir werden dieses auf jeden Fall annehmen. Gewisse Änderungsanträge werden wir unterstützen, gewisse nicht. Beim Steuerfuss möchten wir auch auf Kontinuität setzen.*

EVP-Fraktion, Tania Woodhatch: *Auch ich halte mich kurz, aber nicht ganz so kurz wie Reto. Auch die EVP bedankt sich für das sorgfältig ausgearbeitete Budget. Wir finden, dass das Budget unsere Realität und unseren Werten gerecht wird. Einerseits muss vorsichtig budgetiert werden. Man möchte kleine, realistische Schritte machen und nicht zu euphorisch sein, gerade jetzt in dieser unsicheren Weltlage. Gleichzeitig müssen gewisse Investitionen zwingend gemacht werden. Bsp. Schulhäuser oder im Bereich Energie, mit dem Umbau des Schluelfwegs. Darum sind wir froh, dass die Verwaltung sehr vorausschauend geplant und budgetiert hat und nicht auf die Bremse steht bei den wichtigen Investitionen. Trotzdem finden wir es wichtig, dass man gewisse Massnahmen der Lü21 nochmals genau anschaut und hinterfragt. Gerade dort, wo die Schwächsten von Streichungen betroffen sind. Wir bedanken uns nochmals bei Stadtrat und Verwaltung für die Beantwortung aller Fragen. Die EVP unterstützt natürlich das vorliegende Budget.*

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Die Zeit des Sparens scheint vorbei zu sein. Dass wir nach zwei Jahren Corona so etwas wieder sagen können, ist sicherlich ein Glücksfall. Wer hätte gedacht, dass sich die Finanzlage unserer Stadt so schnell wieder stabilisiert und dass wir nach einem Aufwandsüberschuss von CHF 3 Mio. mit dem wir 2022 gerechnet haben nun mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1 Mio. für dieses Jahr rechnen. Die SP-Fraktion begrüsst es, dass mit dem Budget 2023 einige der einschneidensten Massnahmen der Leistungsüberprüfung 21 rückgängig gemacht werden. So geht es nun endlich mit den Gebieten Chasern und Bahnhof Süd weiter. Allen voran bei der Chasern hat sich die SP mit einer Petition und Vorstössen für die Fortführung des Projekts stark gemacht. Unser Engagement zahlt sich nun aus. Wir hoffen, dass es jetzt zügig vorwärts geht, damit mehr altersgerechte Genossenschaftswohnungen geschaffen werden können. Es freut uns auch, dass die Schneesportlager wieder ab der 4. Klasse durchgeführt werden und dass an der letzten Ratssitzung der Grundstein für die Abschaffung der unsäglichen Semestergebühren für die Musikalische Grundausbildung gelegt wurde. Dies um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Budget wird aber auch das erste Mal seit langen wieder eine grössere Investition ins städtische Personal getätigt. So werden auf der Verwaltung dringend notwendige Stellen geschaffen um dem Wachstum unserer Stadt besser gerecht zu werden und um das städtische Personal zu entlasten. Der Stadtrat hat auch beim Pflegepersonal endlich den Handlungsbedarf erkannt. Die SP begrüsst es daher, dass mit dem Budget 2023 eine Lohnsummenerhöhung und eine Stellenplananpassung bei der Spitex und Pflegezentrum Spitz vorgenommen wird. Mit diesen Massnahmen stärken wir die sehr wichtige Arbeit des Klotener Pflegepersonals und machen die städtischen*

Pflegeeinrichtungen zu einer attraktiveren Arbeitgeberin. Die städtischen Mitarbeitenden leisten an jedem Tag einen wichtigen Beitrag zum funktionieren unserer Stadt und verdienen dafür unsere Wertschätzung. Es freut uns daher auch, dass scheinbar die Investitionen ins Personal von allen Fraktionsparteien unbestritten sind. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2023 zustimmen. Wir werden uns auch dafür aussprechen, den Steuerfuss unverändert bei 103% zu belassen. Für die hohen Investitionen in die städtische Infrastruktur sind stabile Steuererträge unabdingbar.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Die Mitte Fraktion findet, es ist Vorsicht geboten. Ein positives Budget zu sehen, ist zwar sehr beruhigend, aber die Realität kann uns immer mal wieder überraschen. Auch wenn wir Investitionen angehen müssen, sollten wir trotzdem neue, nicht gebundene Ausgaben genau hinterfragen und vorsichtshalber ein Jahr weiter hinausschieben, bis wir wirklich eine stabile Ausgangslage haben. Auch Massnahmen der Leistungsüberprüfung sollten nur dosiert früher wieder reaktiviert oder wenn nicht mehr benötigt sogar permanent gestrichen werden. Nur mit einem wachsamen Auge und mit hinterfragen von jedem neuen Schuldenfranken, und wir rennen in Schulden, lässt sich der Steuerfuss auch langfristig halten. Darum werden wir in der anschliessenden Detailberatung des Budgets konsequenterweise die GRPK-Anträge an die heutige Realität unterstützen aber keine Fraktionsanträge. Selbstverständlich belassen wir den Steuerfuss auf 103%.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ich erlaube es mir, etwas länger zu werden. Nicht ganz so lange wie früher Altgemeinderat Beat Vorburger, der jeweils eine halbe Stunde lange gesprochen hat. Aber so ein 200 Mio. Budget darf man vielleicht doch etwas genauer anschauen. Aber ich gebe den Vorredner recht, es kann schnell ändern. Nach zwei, schon bald drei Jahren im Krisenmodus normalisiert oder stabilisiert sich unsere Finanzlage schneller als gedacht. Ist letztes Jahr das Budget noch ganz im Zeichen der Lü21-Massnahmen gestanden - deren Einhaltung bezeichnete die FDP letztes Jahr bezeichnenderweise als das "Mass aller Dinge" - und einem Defizit von knapp CHF 3 Mio., so können wir heute über ein Budget beraten, dass nebst einer knappen Million Überschuss auch noch CHF 5 Mio. in die finanzpolitische Reserve vorsieht, CHF 10 Mio. in den kantonalen Finanzausgleich, CHF 31.5 Mio. Investitionskosten und einem um CHF 31.8 Mio. höheren Aufwand, bedingt auch durch den Ausbau des Stellenplans und besseren Löhne für die Pflege. Zudem belasten natürlich auch die hohen Strom- und Gaspreise unser Budget, von der einen Million Überschuss wird nach der nötigen Korrektur beim Gaspreis nicht mehr viel übrig sein. Die GLP steht für ein Budget, für eine Finanzierung mit Augenmass, dass die Eigenheiten der Stadt berücksichtigt, da Kürzungen vorsieht wo sie sinnvoll und tragbare Folgeeffekte die Konsequenz sind, aber auch da Ausgaben spricht, wo sie Mehrwerte für Stadt und Bevölkerung bieten. Wir stehen für eine langfristige, nachhaltige Finanzplanung, die zugegebenermassen dieser Tage nicht ganz einfach ist. Die höheren Löhne in der Pflege sind richtig und wichtig, und unterstützen wir, das haben wir schon bei der Diskussion über den Corona-Bonus am 6. April 2021 als nachhaltigere Lösung vorgebracht. Die Investitionen ebenso - auch das erwähnen wir hier von Jahr zu Jahr. Und gerade beim Thema Energie zeigt sich, wie anfällig und abhängig Klotten hier immer noch von fossilen Energieträgern ist. Darum vielen Dank an das einstimmige Votum von vorhin. Hier muss - gerade auch bei der IBK - das Umdenken stattfinden und nötige Investitionen gesprochen werden. Die Anpassung des Stellenplans an die Bedürfnisse der Bevölkerung, der gewachsenen Bevölkerung und neuen übergeordneten Vor- und Aufgaben ist zwar nachvollziehbar, die GLP setzt hier dennoch ein "aber". Die Verwaltung ist dringend aufgerufen, ihre Prozesse bei der Bereitstellung von Leistungen zu hinterfragen. Man sollte hinterfragen, ob dieselbe Leistung für weniger Kosten, oder mehr Leistung bei gleichen Kosten möglich ist. Das müsste eigentlich das Ziel sein, darf aber nicht auf Kosten der Gesundheit gehen. Digitalisierung, Verschlinkung von Verfahren, kurze Dienstwege, Minimierung von Schnittstellenverlusten, das gilt es anzugehen und auch im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie zu verfolgen. Was wir jetzt nicht tun dürfen ist überborden, sei dies bei neuen Ausgaben, aber auch beim zwanghaften Festhalten an einschneidenden Sparmassnahmen. Es muss, und auch das ist aus unserer Sicht nichts Neues, ein gutes

Gleichgewicht gefunden werden. Der Stadtrat hat dieses Jahr schon in eigener Kompetenz begonnen, Lü-Massnahmen anzupassen oder aufzuheben, nachdem wir von der GLP letztes Jahr eine Reihe von Massnahmen hinterfragt haben. Das begrüssen wir, einzig bei der Sonderpädagogik sehen wir einen heute nötigen Änderungsantrag, denselben Antrag, der letztes Jahr mit Stichentscheid der damaligen Ratspräsidentin abgelehnt wurde. Gleichzeitig, und das gilt für uns alle, können wir immer noch besser werden, denn der Blick in die Zukunft zeigt: Die Herausforderungen werden nicht weniger. Gemäss Finanzplanung 2022-2026 kann das Nettovermögen pro Einwohner bereits 2025 ins Negative fallen. Wichtig ist es, jetzt über sinnvolle Investitionen Mehrwerte zu schaffen, breit abgestützte Steuereinnahmen zu generieren und mehr Effizienz in Prozessen und Verfahren zu fordern und fördern. Dann gelingt eine nachhaltige Finanzplanung über Jahre, mit höherer Krisenresistenz und genügend Spielraum. Die GLP bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeit am und die Beantwortung unserer Fragen zum Budget 2023. Wir werden - mit gewissen Anpassungen - das Budget 2023 und den Steuerfuss von 103% unterstützen.

FDP-Fraktion, Philipp Gehrig: Die FDP-Fraktion kann sich sehr vielen Voten, besonders was die Verdankung angeht, anschliessen. Auch wir bedanken uns selbstverständlich beim Stadtrat, den beteiligten Verwaltungspersonen für das vorliegende Budget und natürlich auch unseren GRPK-Mitgliedern für die intensive Prüfung. Wir erleben alle immer wieder in diesen Monaten des Jahres, dass wir sehr froh sind, dass es ein paar Gemeinderäte gibt, welche bereit sind die Arbeit auf sich zu nehmen und die intelligenten und weniger intelligenten Fragen – spreche ich von meinen – zu beantworten. Ich glaube, das gibt uns allen die Möglichkeit um hinter unseren Voten und Abstimmungsentscheiden zu stehen hier im Rat. Die Prüfungsarbeit hat sich gelohnt. Wir sehen es am Ergebnis. Es hat diverse Anträge, welche von der GRPK beschlossen wurden. Das ist auch ein Zeugnis einer guten Prüfarbeit. Das in einigen Bereichen, z.B. was Stellenprozent und Löhne anbelangt, Nachholbedarf besteht ist klar. Mit einem kritischen Auge darauf, dass das nicht nach einem Giesskannenprinzip, sondern nach ausgewiesenem Bedarf geschieht, können auch wir von der FDP dahinterstehen. Das ist unserer Meinung nach im vorliegenden Budget der Fall. Auf konkrete Anträge komme ich später zu sprechen. Vielleicht nur schon das, der Ratsleitung wurde dies bereits kommuniziert, der FDP-Antrag wird heute nicht gebracht. Zu den anderen Punkten lasse ich dann einzelne Fraktionsmitglieder sprechen. Wir werden dem Budget zustimmen und den GRPK-Mehrheitsanträgen und selbstverständlich am Schluss auch der Beibehaltung des Steuerfusses von 103%. Auf eine gute und effiziente Budgetsitzung.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: Die SVP-Fraktion bedankt sich natürlich auch bei der Verwaltung und dem Stadtrat für die grossmehrheitlich genaue und gute Prüfung des Budgets 2023. Es war dieses Jahr eine grosse zusätzliche Arbeit mit all den Lü21 und Stellenplanmassnahmen. Wie immer wurde das Budget sehr genau von der GRPK und allen Fraktionen geprüft. Die Einnahmen haben sich aber auch dank den zusätzlichen Steuerzahlern erfreulich schnell erholt, was man damals vielleicht nicht unbedingt erwartet, sondern höchstens erhofft hat. Jedoch werden wir die Personalerhöhungen auch in Zukunft genau überprüfen. Die SVP ist sehr vorsichtig im Umgang mit dem Steuergeld und hat daher auch letztes Jahr allen Lü21-Massnahmen des Stadtrats zugestimmt. Wir erachten es aber auch als notwendig, fein abzuwägen, was sinnvoll ist und was nicht, um in Kloten keinen Investitionsstau zu generieren. Einige Massnahmen wurden vom Stadtrat auch bereits wieder aufgehoben. Andere werden im nächsten Jahr folgen. Das Skilager der 4. Klasse ist leider noch nicht dabei, das wird erst noch folgen. Grundsätzlich soll der Stadtrat genau prüfen, welche Massnahmen in Zukunft wieder aufgehoben werden und welche nicht. Diese könnte man dann für ein nachhaltiges Sparen einfach fix in die Kostenstruktur eingliedern, statt komplett alle zu streichen. So könnte man die Lü-Übung dann beenden. Die SVP-Fraktion unterstützt alle GRPK-Mehrheitsanträge und lehnt alle Minderheitsanträge der GRPK und Anträge von Fraktionen ab. Aufgrund der sehr guten Zusammenarbeit mit

und in der GRPK und der Verwaltung verzichten wir auf zusätzliche Partei-Anträge. Wir werden dem Budget zustimmen und auch den Steuerfuss so beibehalten, dies aufgrund der dringend notwendigen Investitionen.

Detailberatung

Ratspräsident, Marc Denzler: *Vornweg ein paar Informationen. Von der GRPK und den Fraktionen wurden 35 Änderungsanträge eingereicht. Einer wurde, wie gehört, zurückgezogen. Gibt es nebst diesen Anträgen noch weitere Anträge, die der Ratsleitung noch nicht vorliegen?*

Grüne-Fraktion, Fabienne Kühnis: *Es ist kein neuer Antrag, es wissen alle, dass dieser Antrag kommen könnte. Wir beantragen, dass beim Jugendhaus CHF 30'000.00 im Budget belassen möchten.*

Ratspräsident, Marc Denzler: *Insgesamt gibt es 34 Anträge zum Budget von welchen 14 Anträge in insgesamt fünf Sammelanträgen zusammengefasst werden. Die Detailberatung erfolgt in der Reihenfolge der Cockpitnummerierung. Die Reihenfolge der Wortmeldung wird sein Antragssteller/in, GRPK, Stadtrat und am Schluss die Gemeinderatsmitglieder. Gemäss Art. 72 Abstimmungsverfahren des Geschäftsreglements des Gemeinderats kann gemäss Abs. 3 bei der Detailberatung einer Vorlage auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Das werden wir heute vor allem bei den Korrekturen so handhaben, wenn es unbestritten ist. Ansonsten wird über die Anträge, ausser den Sammelanträgen, einzeln abgestimmt.*

1. Antrag der GLP ER 121000 / 309900:

- *Konstituierungssessen Gemeinderat*
- *Kürzung Betrag um 15% von CHF 5'000 auf CHF 4'250*

Beschluss:

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Wie letztes Jahr beantragen wir die Kürzung des Konstituierungssessens um 15% oder CHF 750. Auch mit knapp CHF 4000.00 ist ein angemessener Anlass zur Konstituierung möglich.*

2. Sammelantrag GRPK: Kürzungen Wahlbüro

- *ER 221020 / 300000*
Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen
Kürzung um CHF 10'000 auf CHF 72'000
- *ER 221020 / 309900*
Übriger Personalaufwand
Kürzung um CHF 2'000 auf CHF 3'000

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend genehmigt.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Roman Walt: *Nach Rückfrage bei Stadtrat und Verwaltungsdirektion wurden bei den Entschädigungen für das Wahlbüro für das kommende Wahljahr CHF 10'000.00 zu viel budgetiert, dies auch unter Berücksichtigung der neuen Entschädigungsverordnung. Beim zweite Antrag Übriger Personalaufwand wurden die Kosten für die Verpflegung in den letzten Jahren - auch in*

Wahljahren - nicht ausgeschöpft, auch hier kann der Betrag um CHF 2'000.00 reduziert werden. Die GRPK empfiehlt beide Anträge einstimmig zur Annahme.

3. Sammelantrag GRPK: Feuerwehr Dienstfahrzeug / 2. Pikettfahrzeug

- IR 140.5060.022
Einsatzfahrzeug Offizier
Kürzung Betrag Dienstfahrzeug / 2. Pikettfahrzeug um CHF 22'000.00 auf CHF 45'000
- ER 322214 / 330060
Abschreibungen Feuerwehr (1500) / Planmässige Abschreibungen Mobilien
Korrektur Abschreibung aufgrund Kürzung IR Einsatzfahrzeug Offizier
CHF 2'750.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen und 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hildebrand: Im Zusammenhang mit der Investitionsrechnung Kto. 140.5060.022 geht es im Anschluss noch um einen Abschreibungsbetrag. Es wurde beschlossen, dass diese beiden Anträge zusammengefasst werden. Ich erkläre euch kurz worum es geht. Es geht um ein Feuerwehrauto, welches als Ersatzfahrzeug für einen Offizier angeschafft werden soll. Die GRPK beantragt dem Gemeinderat, dass der Betrag für das Einsatzfahrzeug auf 45'000.00 zu begrenzen ist. Die GRPK ist grossmehrheitlich für eine günstigere Variante zur Anschaffung des Fahrzeugs. Weiter ergibt sich dann automatisch aus dem eine Kürzung von CHF 2'750.00 bei den Abschreibungen Kto. 3222.14 usw. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen.

SVP-Fraktion, Rico Käser: Ich wollte eigentlich zuerst nichts mehr zu dem Thema sagen, aber ich kann es mir nicht verkneifen. Ihr klopft euch jetzt auf die Schulter, weil ihr CHF 22'000.00 einspart bei dem Kauf des Fahrzeugs. Wie ich aber bereits die letzten Male erklärt habe, wäre das Fahrzeug ja gar nicht nötig. Die Feuerwehr, kann für Materialtransporte Feuerwehrfahrzeuge nehmen und von denen stehen im Magazin genug. Ich habe dies auch persönlich mit der GVZ abgeklärt und sie sagen auch, dass man die Fahrzeuge dafür nutzen darf. Man könnte sich auf die Schulter klopfen, wenn man das Fahrzeug ganz streichen würde. Weil man dann CHF 67'000.00 einsparen würde und nicht nur CHF 22'000.00. Jeder Franken, den wir für etwas ausgeben, das man nicht benötigt, ist einer zu viel. Aber dieses Mal könnte auch die Feuerwehr etwas demütig sein und auf etwas verzichten, das man nicht braucht und so den Steuerzahler entlasten. Denn bis heute konnte mir noch niemand plausibel erklären, für was das Fahrzeug definitiv gebraucht wird. Aber mir ist schon klar, dass ein Feuerwehrbus, welches in der Farbe Lemon lackiert ist, auf einem Parkplatz am Oberdorffest in Embrach mehr auffällt als ein PW und in die Garage passt er auch nicht. Darum unterstütze ich den Antrag dieser Betragskürzung von CHF 22'000.00 nicht und enthalte mich bei dem Geschäft.

4. Antrag GRPK: ER 324030 / 343940

- *Kirchgasse 16/18/20/22, 'Am Bach' (9630) / Dienstleistungen Dritter*
- *Einstellung Vorstudie CHF - 13'000*

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hildebrand: Beim Konto 324030 Kirchgasse 16/18/20/22 geht es bei den Dienstleistungen Dritter um eine Machbarkeitsstudie für einen Projektierungskredit. Die Liegenschaft ist in die Jahre gekommen und es zeichnet sich Erneuerungsbedarf ab. In den Details waren die CHF 13'000.00 enthalten. Jedoch hat es der Betrag nicht ins Budget geschafft. Die GRPK bittet den Gemeinderat einstimmig die CHF 13'000.00 ins Budget aufzunehmen.

5. Antrag GRPK: ER 325051 / 312000

- *Schulanlage Feld/Dorf (inkl. HPS) (2170) / Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV*
- *Korrektur (neu CHF 21'000 anstatt 12'000 = CHF -9'000)*

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hildebrand: Beim Konto 325051 Schulanlage Feld/Dorf, Ver- und Entsorgung Liegenschaften im Verwaltungsvermögen hat es einen Zahlendreher im Budget. Es heisst CHF 21'000.00 und nicht CHF 12'000.00. Die GRPK bittet darum den Gemeinderat einstimmig um Anpassung auf CHF 21'000.00.

6. Antrag GRPK und Gegenantrag Grüne: ER 425220 / 313100

- *GRPK; Streichung Studie neuer Standort Jugendarbeit / Jugendhaus CHF 60'000.00*
- *Grüne; Streichung Studie neuer Standort Jugendarbeit / Jugendhaus CHF 30'000.00*

Beschluss:

1. Der Gegenantrag der Grünen-Fraktion für eine Reduktion um CHF 30'000.00 wird mit 24 gegenüber 5 Stimmen für den Antrag der GRPK bevorzugt.
2. Der Antrag der Grünenfraktion zur Streichung von CHF 30'000.00 wird mit 15 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Fabienne Kühnis: Bei dieser Position handelt es sich um eine Vorstudie zur Vorauswahl eines neuen Standorts für ein Jugendhaus. Die Studie soll zeigen, ob ein möglicher Standort die Anforderungen für ein Jugendhaus erfüllt und mit welchen Kosten bei einem allfälligen Umbau gerechnet werden muss. Die GRPK stellt den mehrheitlichen Antrag um Streichung des Betrags von CHF 60'000.00.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Franziska Wisskirchen: Es gibt einen Minderheitsantrag aus der GRPK zur Beibehaltung des Budgets neuer Standort Jugendarbeit/Jugendhaus von CHF 60'000.00. Begründung ist, dass zwischen der Jugendarbeit/Jugendhaus und dem Kongresszentrum Schluefweg besteht. Jugendliche sind laut und möchten Freiheiten haben. Sie möchten sich auch in einem

gewissen Rahmen gestalterisch verwirklichen und auch den Aussenraum nutzen können, ohne immer gerade alles wegräumen zu müssen. Das beisst sich mit einem Kongresszentrum. In drei bis vier Jahren wird da von der Energiezentrale eine Grossbaustelle sein. Dann wird die Jugendarbeit und die Jugendräume sowieso in ein Provisorium ziehen müssen. Das wiederum würde einiges kosten. Da könnte man Zeit und Geld jetzt schon besser einsetzen. Auch durch die bauliche Verdichtung in Kloten gibt es immer weniger Freiraum, wo sich Jugendliche aufhalten können, oder sie nehmen den Raum ein, welcher an ungünstiger Lage liegt. Das ist ein normaler Prozess der Verstädterung, wodurch auch anzahlmässig immer mehr Jugendliche den Platz im Jugendraum benötigen. Uns scheint es auch sehr wichtig, dass das niederschwellige Angebot eines Jugendzentrums da sein kann. Die Bedürfnisse nach Beratungsgesprächen sind gestiegen. Aus meiner Erfahrung aus der Sozialbehörde ist zu bedenken, dass wenn nur schon ein bis zwei Jugendliche pro Jahr geholfen werden kann den Rank im Leben zu finden, kann dies sehr viel mehr Geld einsparen, als wenn sie dann in der Sozialhilfe landen. Letztes Jahr wurden bereits CHF 20'000.00 budgetiert, welche aber nicht verbraucht wurden. Da die Vorselektion wo in Kloten Platz sein könnte, durch die eigene Arbeit getätigt wurde. Jetzt wären die Grundlagen erstellt und man wäre bereit zum Weiterarbeiten. Darum stellt die Minderheit der GRPK den Antrag den Budgetposten auf CHF 60'000.00 zu belassen.

Ratspräsident, Marc Denzler: Das heisst wir haben zum selben Budgetposten den Antrag der GRPK um Streichung des gesamten Betrags von CHF 60'000.00. Den Antrag der Grünen-Fraktion um Kürzung des Betrags um CHF 30'000.00 auf CHF 30'000.00 und der Minderheitsantrag der GRPK zur Erhaltung des Betrags. Das ist dann bei der Abstimmung relevant, weil wir zuerst den Ursprünglichen Antrag der GRPK dem Gegenantrag der Grünen gegenüberstellen und dann bei der Schlussabstimmung abstimmen ob und welcher Betrag gekürzt wird.

Stadträtin Regula Käser: Wenn ihr hört Jugendhaus, dann müsst ihr nicht gleich an ein AJC denken. Wobei wenn ich mich hier etwas umschaue, kennen wohl die wenigsten das AJC in Zürich. Wir in Kloten wollen kein AJC. Was aber bereits Franziska erwähnt hat ist, dass wir schon länger auf der Suche nach einem neuen Standort für die Jugendarbeit sind. Das darf auch ein Jugendhaus sein –ein Haus für unsere Jugendlichen. Es ist korrekt, dass wir hier unten den Jugendtreff haben. Vielleicht kennen die einen oder anderen das Kaffee Harrass. Der Raum ist immer noch der gleiche wie dazumal. Die Stadt Kloten ist gewachsen. Die Anforderungen an die Jugendarbeit sind wesentlich gewachsen. Die Jugendarbeit muss sich mit Themen auseinandersetzen, von welchen wir noch nie zuvor gehört haben. Unsere Jungen, unsere Kinder und Jugendlichen aber bereits schon. Bodyshaming und all dies sind Themen, die auf die Jugendarbeit zukommen. Die Jugendarbeit macht ganz viel Beratungsarbeit. Man berät auch Jugendliche, die die Lehre abgebrochen haben. Wir denken da an das Projekt "ask1624" wo auch jemand vom KIZ und BIZ jeweils im Jugendtreff ist. Genau dort können die Jungen niederschwellig aufgefangen werden und ihnen eine Beratung zugänglich gemacht werden. Dies zur Arbeit der Jugendarbeit. Bereits haben wir evaluiert, wo sich Möglichkeiten befinden. Letztes Jahr hatten wir CHF 20'000.00 im Budget. Das wurde hier genehmigt. Wir haben daran gearbeitet und das, wie von Franziska erwähnt, intern gelöst in dem wir eine Arbeitsgruppe geschaffen haben. Wir sind also eigentlich bereit eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, dass man den idealen Ort für unsere Jugendlichen finden kann. Unsere Jugendlichen resp. alle Jugendlichen brauchen Raum. Die Jugendlichen dürfen laut sein. Die Jugendlichen müssen ihre Räume mitgestalten können. Sie müssen auch mal etwas stehen lassen können. Sie müssen irgendwo chillen können. Jetzt suchen sie sich natürlich ihre Freiräume und Plätze. Sie gehen zu den Schulhäusern. Auch dort hat man Reklamationen, wenn sie sich dort niederlassen und laut sind. Die Jugendlichen brauchen Raum. Wir verdichten. Die Stadt wird immer grösser. An die Jugendlichen denkt man nicht. Betreffend Kinderspielplätzen hat man Auflagen, die müssen wir machen. Aber es denkt niemand daran, wo unsere Jugendlichen hinsollen. Wir haben ganz viele Jugendliche, die nicht Sport affin sind oder Musik machen aber auch irgendeine Beschäftigung haben müssen. Wir haben ganz viele Jugendliche, die nicht das Privileg haben, dass ihre Eltern sie dabei unterstützen, dass

sie Musik machen, Sport treiben können oder dass sie eine Freizeitgestaltung haben. Es gibt ganz viele Jugendliche, die auf einen Jugendtreff angewiesen sind und, dass sie einen Ansprechpartner ausserhalb der Schule und des Elternhauses haben. Dies damit man Probleme wie Mobbing usw. was an den Schulen abgeht besprechen kann. Die Jugendarbeit leistet extrem gute Arbeit und es gibt wirklich viel Jugendliche, die das brauchen. Das zeigen die Zahlen im Jugendtreff. Es kann sein, dass eure Kinder nie in den Jugendtreff gegangen sind oder gehen. Es kann sein, dass sie sagen, dass es das nicht braucht. Aber es gibt ganz viele die einen Jugendtreff brauchen. Das ist ein Fakt. Dann haben wir ein Kinder- und Jugendleitbild ausgearbeitet. Ihr liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wart an den Workshop eingeladen um daran mitzuarbeiten. Auch da, im Kinder- und Jugendleitbild steht, dass man den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten und Freiräume geben muss. Wenn ihr jetzt den ganzen Betrag von CHF 60'000.00 aus dem Budget streicht, dann können wir nicht weiterdenken. Das ist ein Denkverbot. Und wenn ich euch sage, wir kommen nächstes Jahr wieder und stellen es ins Budget, dann ist das eine Hilflosigkeit. Ich kann ja nicht an etwas weiterarbeiten, wenn ihr als Gemeinderat keine Mittel zur Verfügung stellt. Es zeigt auch die Dringlichkeit auf, die das hat. Das Feuerwehrauto kommt auch immer wieder und zwar, weil man es braucht. Darum kam es jedes Jahr wieder. Genauso ist es hier. Irgendwie muss ich wieder mit dem Geld kommen. Wir müssen weiterdenken können. Ich bin zur GRPK und habe darum gebeten, dass wenigstens ein Betrag im Budget stehen, damit wir eine Machbarkeitsstudie auf einem tieferen Niveau machen können mit vielleicht nur zwei Standorten. Aber lasst uns bitte etwas drin, damit wir über einen Standort nachdenken können, wo wir die Jugendarbeit und unseren Jugendlichen einen Platz in Kloten geben. Es ist so, dass wir in drei, vier Jahren hier unten eine Baustelle haben. Die Jugendarbeit ist genau auf der gleichen Ebene. Die Jugendarbeit ist jetzt über der Wassertechnik. Wir sind genau auf dieser Ebene, wo die Technik ist. Das ist dort, wo wir mit der GRPK waren im unteren Stock. Also wir müssen dort Provisorien schaffen. Entweder gehen wir ganz raus oder wir hätten den Jugendtreff auf einer Grossbaustelle. Das wäre auch nicht gerade wahnsinnig attraktiv. Es ist nicht ein Nice-to-have, es ist ein dringendes Bedürfnis. Es ist wirklich dringend, dass wir da etwas haben müssen. Wenn ihr das jetzt streicht, dann tretet ihr nicht mir als Stadträtin ans Bein, sondern ihr gebt unseren Jugendlichen eine Ohrfeige. Ihr würdet unseren Jugendlichen keinen Platz geben. Ich bitte euch wirklich innständig, kommt nochmals auf den Antrag zurück und lasst uns wenigstens den Betrag von CHF 30'000.00 im Budget damit wir weiterdenken können. Ihr wisst auch, wie langsam die Mühlen arbeiten. Ein Jahr im Leben eines 14- oder 16-Jährigen ist wahnsinnig lang. Für uns geht das schnell vorbei. Bis wir in die Jugendarbeit einziehen könnten, das dauert drei Jahre und das ist lange. Wir müssen das dringend haben. Bitte lasst etwas Geld im Budget.

Grüne-Fraktion, Reto Schindler: Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber ich möchte euch alle bitten, liebe Gemeinderatsmitglieder, springt doch über euren Schatten und lasst wenigstens die CHF 30'000.00 im Budget. Ich bitte euch zugunsten der Klotener Jugendlichen. Ich wuchs am selben Ort auf in Schwyz wie Regula, einfach ein paar Jahre später. Ich möchte nicht sagen, dass Schwyz besser wäre als Kloten, ich liebe Kloten und bin sehr gerne da. Aber ich kann mich erinnern, dass wir bereits in den 90er Jahren drei bis vier Standorte hatten, offizielle Treffpunkte der Gemeinde, wo sich Jugendlich aufhalten konnten. Es ist kein Luxus, wenn man etwas bieten möchte.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: Bevor wir hier weiter diskutieren, stelle ich den Ordnungsantrag um 5min Pause.

Ratspräsident, Marc Denzler: Es wäre sowieso Zeit für eine Pause, dann kombinieren wir dies gerade und machen bis ¼ ab Pause.

SP-Fraktion, Anita Egg: Ich beschreibe nicht nochmals den Wert der Jugendarbeit. Das hat Regula bereits gemacht. Meine erste Reaktion zu diesem Streichungsantrag war; Aha, die wollen wieder einmal die Jugendarbeit loswerden im Schluefweg. Ich habe ja 38 Jahre für die Freizeit- und Jugendarbeit gearbeitet und

kenne darum eigentlich die Nachteile der Räume hier im Schluefweg. Natürlich kenne ich die Vorteile auch, aber es hat auch sehr viele Nachteile. Plötzlich habe ich gemerkt, dass die Studie auch eine Chance ist, um einen besseren Ort zu finden. Die Nachteile sind nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch das Personal Konferenzzentrum, die Jugendarbeitenden und diejenigen, die Sitzungszimmer oben und Kursräumen im UG benutzen. Dass die Ansprüche eines Konferenzzentrums mit den Ansprüchen eines Jugendzentrums nicht kompatibel sind, darüber sind wir uns wohl einig. In einem Konferenzzentrum können Jugendliche eigentlich nur stören, da sie in Gruppen weder leise noch unauffällig sind. Und das sind sie nicht nur während der Öffnungszeiten des Jugendtreffs, sondern die ganze Woche, da die Arena ein Treffpunkt ist. Jugendliche brauchen aber einen Aussenraum, wo sie auch laut sein können, Fussball spielen, sich bewegen usw. Das ist in der Arena nicht erlaubt, wegen Nutzenden des Konferenzzentrums und der Räume im UG. Jugendliche sollten ihre Räume selbst gestalten und umgestalten können. Das ist im Schluefweg nur beschränkt möglich - in der Arena gar nicht. Zudem gibt es Innenbereich des UGs oft gleichzeitige Nutzungen durch Kursbesuchende und Besuchende der Ludothek. Der Korridor und den WCs werden gemeinsam mit den Jugendlichen genutzt. Einige ältere Menschen und auch Kinder lassen sich durch das Auftreten von Jugendlichen leider leicht ängstigen. Diese Brennpunkte belasten auch das Personal. Neben dem Personal des Konferenzzentrums – auch die Jugendarbeitenden. Wegen der Nutzungskonflikte müssen sie immer wieder «Kontrollfunktionen» ausüben, die nichts mit dem Betrieb im Jugendtreff zu tun haben. Im 1978 startete die Jugend- und Freizeitarbeit im Schluefweg. Wir hatten jetzt 44 Jahre Zeit zu testen, ob die Räume geeignet sind. Die Räume selbst sind teilweise geeignet aber ein Jugendbetrieb passt nicht in den Schluefweg. Ein geeigneter Standort für die offene Jugendarbeit wäre also für alle Beteiligten und Betroffenen eine 1A-Lösung. Die Studie «neuer Standort für die Jugendarbeit» wäre eine Garantie für das Finden der bestmöglichen Lösung. Darum möchte ich sie alle bitten, gegen diese Streichung zu stimmen.

Grüne-Fraktion, Fabienne Kühnis: Ich spreche jetzt als Mitglied der Grünen-Fraktion und nicht als GRPK-Mitglied. Es wird sicher Wiederholungen geben. Aber ich habe das jetzt vorbereitet. Ich kann mich noch gut erinnern wie ich als Jugendliche war. Scheu, brav und unscheinbar. Obwohl ich wusste, dass es eine Jugendarbeit oder damals den Harrass gab, hatte ich meine Freunde oder konnte mit einem Anliegen zu meinen Eltern. Es haben aber nicht alle so ein Glück und sind wie man so schön sagt, versorgt wie ich damals. Die heutigen Jugendlichen haben es immer schwerer, sich in der immer schneller drehenden Welt zurecht zu finden. Darum ist es sehr wichtig, dass es ein Angebot gibt von der Jugendarbeit wo sie sich austoben können und sich zugehörig fühlen. Der jetzige Standort der Jugendarbeit ist ungeeignet, da unserer Schluefweg sehr unterschiedliche Bedürfnisse decken muss. Über kurz oder lang wird es eine riesen Baustelle geben. Mit dem verdichteten Bauen gibt es mehr Bewohner. Das es auch mehr Jugendliche gibt, vergisst man. Praktisch überall in den umliegenden Gemeinden hat es für die Jungen ein eigenes Jugendhaus. Nur hier in Kloten nicht. Aber die bürgerlichen sind für ein Denkverbot, wenn man da etwas dagegen unternehmen möchte. Die gleichen Kreise haben auch vor ein paar Jahren verlangt, dass man unseren Schluefweg mehr vermarktet. Es ist verwerflich und gefährlich, wenn man bei den Jungen sparen will. Denn die heutige Jugend ist unsere Zukunft von morgen. Wir Grünen sind gegen den Streichungsantrag und aber auch, wie ich vorhin bereits den Antrag gestellt habe, damit die Verwaltung wenigstens etwas arbeiten kann, dass man wenigstens CHF 30'000.00 stehen lässt.

FDP-Fraktion, Irene Frischknecht: Die FDP-Fraktion hat sich aufgrund der Beantwortung entschieden, den Streichungsantrag der GRPK zu unterstützen. Heute sind neue Informationen dazu gekommen. Das der aktuelle Standort da im Schluefweg nicht mehr optimal ist, wir haben es gehört – 34-jährig, die Bedürfnisse haben sich geändert, und dass es da Konflikte geben kann, dass scheint uns logisch. Das ist nachvollziehbar und wir würden gerne Hand bieten um einen neuen Jugendtreff zu realisieren. Aber das Projekt, wie es uns unterbreitet wurde, wollte die Prüfung von drei Standorten durch einen Architekten um Möglichkeiten und

Massnahmen für bauliche Massnahmen zu beleuchten. Wir finden, dass dies zu ausschweifend ist. Wie wir aber jetzt gehört haben, gibt es jetzt offensichtlich eine Option bzw. einen Zeithorizont, der dringlich wird. Deshalb wurde der Antrag für die CHF 30'000.00 gestellt. Wir geben bei diesem Antrag Stimmfreigabe in unserer Fraktion.

GLP-Fraktion, André Käser: Ich habe mein Votum etwas gekürzt, da viel bereits gesagt wurde. Ich danke auch Regula für die flammende Rede. Du sprichst unsere Fraktion aus dem Herzen. Dass die Jugendarbeit wichtig ist, ist klar. Dass ein neuer Standort benötigt wird ebenfalls. Wir von der GLP finden, dass die Sondierung gut und sauber sowie offen durchgeführt werden soll und dazu das benötigte Geld gesprochen werden soll. Wir sind dafür, dass die CHF 60'000.00 im Budget belassen werden und können uns zähneknirschend auch mit CHF 30'000.00 zufriedengeben.

SVP-Fraktion, Ueli Morf: Ich wurde da jetzt verknurrt resp. habe mich freiwillig gemeldet, um da jetzt etwas dazu zu sagen ohne Vorbereitung. Was heute Abend etwas schräg rüberkommt ist, dass man erst an der Budgetsitzung im Gemeinderat mit gewissen Informationen kommt und erst dann sagt, was eigentlich Sache ist. Dies obwohl man 1.5 Monate Zeit gehabt hätte und man das vorgängig in der GRPK und auch innerhalb der Fraktionen, besser hätte absprechen können. Ich wünsche mir einfach in Zukunft, dass das besser kommuniziert wird. Ich denke auch, dass wir für die Sache einstehen müssen und nicht politisch anfangen zu diskutieren. Darum hat sich die SVP damit auseinandergesetzt in der kurzen Pause und gibt dementsprechend Stimmfreigabe.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Auch bei mir hat sich der Informationsgehalt heute hier erweitert. Die Fraktion stand hinter dem Antrag der GRPK um CHF 60'000.00 zu streichen. Denn mit so viel Geld für einfach eine Studie, damit ist den Jugendlichen wohl auch nicht geholfen. Lieber direkt das Geld einsetzen. Aber wir geben jetzt CHF 30'000.00 frei. Insofern macht etwas daraus und wir freuen uns dann auf ein konkreteres Geschäft.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: Ich muss jetzt doch auch noch nach vorne. Ich bin ziemlich schlecht gelaunt, sagen wir es mal so. Ich unterstütze das, was Ueli gesagt hat, das ist so. Aber ich möchte hier wirklich mal festhalten, dass die heutigen Infos nie bis zu uns kamen – zumindest nicht rechtzeitig oder nur an gewisse zwei Personen und nicht an die ganze GRPK. Dies auch nach 1.5 Monaten nachfragen nicht. Dass wir jetzt heute Abend ein politisches Gejammer – du darfst gerne läuten, wenn du möchtest, zu hören bekommen und uns der böse, schwarze Peter zugeschoben wird, weil man ja nicht denken darf; denken erfordert immer alle Informationen und dann kann man handeln. Gut, wir haben die Informationen jetzt. Wir wissen alle wie es ist, wir haben Eltern von schulpflichtigen Kindern. Dass man in Kürze aus dem Schludefweg raus muss, wurde nie gesagt. Beim expliziten Nachfragen hiess es, nein, man habe ihnen nicht gekündigt, sie können noch bleiben und man könne es auch nächstes Jahr noch bringen. Ok, heute sieht es anders aus – wie auch immer. Nächstes Mal bitte Geschäfte besser vorbereiten. Auch nach 1.5 Monaten nachfragen. Dann kann die GRPK nämlich auch denken. Alle Fraktionen können denken und dementsprechend handeln. Und wenn man politisch dann entscheidet, dann ist es ein politischer Entscheid und bitte hier nicht persönlich werden.

Stadträtin, Regula Käser: Ich bedanke mich ganz herzlich, dass ihr so flexibel wart und der Antrag so durchgekommen ist, dass wir CHF 30'000.00 im Budget haben. Wenn es Unklarheiten gab von meiner Seite her, dass wir zu wenig klar kommuniziert haben, dann entschuldige ich mich hier in aller Form. Fragt das nächste Mal doch viel besser nach, wenn ihr mehr wissen wollt. Ganz herzlichen Dank für die CHF 30'000.00.

7. Antrag GRPK: ER 521010 / 313000

- Streichung Erhöhung Publibikestandorte CHF 14'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: Nach der emotionalen Diskussion kommen wir wieder zurück zum Budget. Wir haben hier nun den Antrag auf Streichung von CHF 14'000.00 für die Erhöhung der Publibike-Standorte Kostenstelle 521010 Kto. 313000. Die mehrheitliche Meinung der GRPK ist, dass die jetzigen Standorte ausreichen und keine Erhöhung der Standorte benötigt wird.

GLP-Fraktion, André Käser: Im Namen der GLP-Fraktion bitte ich euch der Streichung der zusätzlichen Publibike-Standorte nicht zuzustimmen. Dass die Velos und E-Bikes gut genutzt werden belegt die Statistik. Mit den zusätzlichen Standorten in unserer Stadt können wir die Nutzung der bestehenden Infrastruktur auch weiteren Personen ermöglichen. Wenn wir in den Langsamverkehr investieren wollen, welcher auch einen positiven Effekt auf die Gesundheit der Fahrerinnen und Fahrer hat, dann müssen wir den Ausbau der Publibike-Standorte ermöglichen. Das Angebot ist nicht nur für Einweg-Fahrten, sondern auch für Wenig-Fahrerinnen und –Fahrer sowie Personen ohne eigenes Velo interessant, welche so immer einen fahrtüchtigen Drahtesel mieten können.

SP-Fraktion, Anita Egg: Heute finden wir in Kloten fünf Publibike-Standorte, am Flughafen-Bahnhof, Bahnhof Balsberg, Bahnhof Kloten, am Stadtplatz und am Schluefweg. Leihe ich ein Velo aus, muss ich es an einem dieser Publibike-Standorte wieder stehen lassen. Das heisst, dass ich nicht aus einem Quartier ins Stadtzentrum, zum Schluefweg oder an einen unserer drei Bahnhöfe fahren kann, da in den Quartieren keine Standorte vorhanden sind. Umgekehrt könnte ich von allen Bahnhöfen, vom Schluefweg und vom Stadtplatz in die Quartiere fahren, aber das Velo nicht mehr abgeben, da eben kein Standort vorhanden ist. Würde Mani Matter noch leben, gäbe es bestimmt schon ein Liedli dazu. Damit das Mietvelo-Angebot rege benutzt wird, müssen sinnvolle Stecken gefahren werden können. Dazu braucht es diese Standorte in den Quartieren. Darum bitte ich darum, die beantragte Streichung abzulehnen.

8. Antrag GRPK; ER 521020 / 313000

- Streichung Pilotprojekt ressourcenschonendes Leben CHF 25'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: Der nächste Antrag ist eine Streichung von CHF 25'000.00 für den Rahmenkredit Energiestrategie Pilotprojekt ressourcenschonendes Leben Kostenstelle 521020 Konto 313000. Die grossmehrheitliche Meinung der GRPK ist, dass das Projekt für CHF 25'000.00 in diesem Ausmass kein Mehrwert generiert.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Da wenige Information zu dem Antrag vorliegen, nutze ich die Chance und nehme gleich zum Änderungsantrag der GRPK und unserem GLP-Antrag Stellung. Die Themen Mobilität und Konsum der Bevölkerung sind Teil, das habe ich vorher als GRPK-Referent beim Traktandum Rahmenkredit erwähnt, der Massnahmen aus dem Geschäft Rahmenkredit Energiestrategie. Entsprechend soll ein sogenannter Pop-Up-Park durch Umnutzung öffentlicher Flächen Passanten auf die Themen "Nachhaltiger Konsum" und "Mobilität" aufmerksam machen. Nach diversen Rückfragen hat sich dann herausgestellt, dass

nicht, wie beispielsweise in Zürich, Strassen oder temporär Parkplätze alternativ genutzt werden sollen, sondern der Platz auf dem Parkplatz der Migros, da wo die Velostellplätze sind. Für die Mehrheit der GRPK und auch die GLP ist dieser Pop-Up-Park so nicht wirklich sinnvoll, denn wer wird hier bezüglich Mobilität angesprochen? Die Autofahrenden nutzen mehrheitlich das Parkhaus und bekommen nichts mit. Und wer zu Fuss oder mit dem Velo hier vorbeikommt, ist tendenziell bereits sensibilisiert und ärgert sich vielleicht, dass das Velo keinen Platz mehr hat. Für uns ist diese Massnahme also nicht wirklich zielführend. Wir wollen aber das Thema nachhaltiger Konsum von Ressourcen - zu welchem Langsamverkehr auch zählen kann - nicht einfach aus dem Massnahmenplan streichen, sondern schlagen eine Alternative vor: ein mobiler Stadtgarten. *Erinnert ihr Euch noch an das Projekt "Garden in a Box", welches im Rahmen des Umweltfestivals 2016 lanciert wurde? Oder die Gartenausstellung auf dem Stadtplatz? Uns von der GLP schwebt eine Kombination dieser Ansätze vor, in Anlehnung an ähnliche erfolgreiche Projekte in Winterthur, "Mobiles Grün", und dem Stadtgarten in der Europaallee in Zürich. Es geht um die Nutzung oder Zwischennutzung versiegelter Flächen, welche in unserem Vorschlag mit Grün- und Gartenpflanzen mobil und variabel bespielt werden sollen, und so aufzeigen, dass nachhaltiger Konsum auch auf bereits "belegten", sprich versiegelten Flächen umgesetzt werden kann. Bäume in Containern zur Schaffung von Schattenflächen - das hätten wir diesen Sommer brauchen können, Gemüse- und Kräutergärten in mobilen Boxen sind da nur zwei Möglichkeiten. Es geht hier nicht um die Förderung von Urban Gardening, also dem Gärtnern auf Dachflächen oder freien städtischen Flächen, sondern das Aufzeigen von Potenzialen mehrfach genutzter, versiegelter Flächen. Wir möchten mit unserem Vorschlag eine Pilotkampagne starten, unser Vorschlag ist natürlich auch offen für alle Interessengruppen - lokales Gewerbe und Gastronomie, Hochschulen, Verbände - und ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Alternative zum geplanten Pop-Up Park am falschen Standort mit falscher Zielgruppe. Besten Dank für Eure Unterstützung.*

9. Antrag GLP-Fraktion: ER 521020 / 313000

- Umsetzung (Pilot-)Kampagne klimaneutraler Konsum, mobiler Stadtgarten CHF -25'000.00
- Ersatz für Projekt «ressourcenschonendes Leben» (gemäss Massnahmenliste Geschäft Rahmenkredit Energiestrategie)

Beschluss:

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

FDP-Fraktion, Philip Gehrig: *Danke Roman resp. der GLP-Fraktion für die Anträge. Ein wenig sind wir schon verwundert. Nennen wir sie GLP-Anträge, die drei Fraktionsanträge sind ziemlich spät aufs Tappet gekommen. Bei den einten ist es, sagen wir es, etwas weniger wichtig. Ich sage mal das Konstituierungessen, das kennen wir. Die Therapiestunden ist auch nicht das erste Mal, wo wir uns darüber unterhalten. Ein Mobiler Stadtgarten ist grundsätzlich schon auch ein Thema, welches man rund um Kloten hört. Trotzdem ist das eines mit, aus unserer Sicht, etwas mehr Substanz und eines, wo wir uns sehr gerne etwas mehr Zeit genommen hätten, um es etwas genauer anzuschauen. Um das vornweg zu nehmen, das ist auch der Grund warum wir den Antrag heute nicht unterstützen werden. Es gibt auch bei uns durchaus Sympathien für so etwas. Aber das wäre etwas, was man nächstes Mal früher bringen müsste oder unter dem Jahr in anderer Form.*

10. Antrag GRPK: ER 523010 / 311100

- *Gemeindestrassen (6150) / Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge*
- *Korrektur um CHF 4'000 auf CHF 16'000*

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: *Es geht hier um eine Reduktion von CHF 4'000 auf neu CHF 16'000 gemäss der konkreten Offerte für den Occasion Kibuz mit Anhänger Kostenstelle 523010 Konto 311100.*

11. Antrag GRPK: ER 523320 / 311100

- *Streichung Panoramatafel CHF 10'000.00*

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 12-Nein Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: *Die mehrheitliche Meinung der GRPK zum Antrag um Streichung von CHF 10'000.00 für die Panoramatafel am Hohlberg Konto 523320 Kostenstelle 311100 ist, dass die Panoramatafel für CHF 10'000.00 wenig Mehrwert bietet.*

SP-Fraktion, Maja Hildebrand: *Immer wieder hört man, dass die Verweildauer der Klotener Bevölkerung ausserordentlich tief ist. Deshalb freut es mich und meine Fraktion sehr, dass sich Kloten oder der Stadtrat Gedanken macht, wie sie die Attraktivität auf günstige Weise steigern kann. Beim Aussichtspunkt auf dem Hohlberg kommt ein Foxtrail vorbei. Das Angebot wird durch Klotener und Klotenerinnen und nicht Klotener Einwohnenden genutzt und erklärt auf anschauliche Art, was zu sehen ist. Kloten soll nicht nur ein Schlaf- und Arbeitsort sein, sondern auch ein Ort, der seinen Einwohnenden etwas bietet. Deshalb stelle ich im Namen der SP-Fraktion den Antrag den Betrag von CHF 10'000.00 im Budget zu belassen.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Die Kartensammlung der ETH-Bibliothek - meine Arbeitgeberin - hat nicht nur Karten im Bestand, nein, sie hat auch Panoramen. Gemeinsam mit der Kartensammlung der ZB Zürich planen wir gerade eine Abendführung zu Panoramen, wer sich also inspirieren lassen möchte, wie das zukünftige Panorama am Hohlberg aussehen könnte, am Dienstag, 25. April 2023 habt ihr dazu Gelegenheit, 18:15 Uhr an der ZB Zürich. Warum der kurze Werbeblock? Panoramen sind in der Regel nicht einfach da, um die Namen der sichtbaren Berge aufzulisten, sie haben häufig mehrere Funktionen: Touristisch, das haben wir schon gehört, ästhetisch/künstlerisch - die Technik zur Erstellung von Panoramen ist sehr spannend zu sehen, die Panoramen - gut gemacht - richtige Kunstwerke -, historisch und aufklärerisch als Teil der öffentlichen Bildung. Wir haben bei uns an der ETH eine Panoramakarte auf der Terrasse des Hauptgebäudes. Wisst ihr eigentlich, wie viele Gruppen und Schulklassen diese Terrasse besuchen und dabei das Panorama entdecken und nutzen? Da kommt dann auch noch ein gemeinschaftlicher Aspekt dazu, gemeinsam das Panorama zu lesen und die Region zu erkunden und erkennen. Das kann keine App. Wir würden es begrüßen, wenn das Panorama gemeinsam finanziert würde, gemeinsam über die Stadt, ibk mit dem Foxtrail-Aspekt, GLOW das Glattal, Flughafenregion Zürich, Private, etc. - es gibt genügend Interessengruppen, die hier mitwirken und ein tolles Panorama für die Bevölkerung schaffen können. Daher unterstützen wir von der GLP die Streichung nicht.*

FDP-Fraktion, Irene Frischknecht: Ich möchte als Anwohner des Hohlbergs doch noch etwas sagen. Ich wusste gar nicht, was für einen grossartigen Panoramaausblick ich anscheinend habe von meinem Wohnort aus. Ich bin oft im Nebel, aber vielleicht habe ich einfach die falsche Wohnung gewählt. Nebst dem Radar zuoberst auf dem Berg, der braucht auch den besten Platz, hat es manchmal am Abend einen wunderbaren Ausblick auf die Piste. Man hat es gehört, es muss nicht immer ein Panorama sein. Vielleicht kann man auch eine Pistenpanoramatafel installieren. Aber eigentlich stelle ich mir unter Panorama schon etwas Anderes vor, so wie wir es bspw. im Turm haben wo Berge erklärt werden. Wir haben von Kunstwerken gehört und vorhin von günstigen Installationen. Also CHF 10'000.00 sind für mich ein rechter Betrag und ich würde dies nicht als günstig bezeichnen für eine Attraktion an einem Ort – ich weiss nicht, da haben wir in Kloten noch den einten oder anderen schöneren, höher gelegeneren Standort, der besser genutzt wird. Aber ich lasse mich gerne überraschen.

12. Antrag GRPK: ER 524010 / 305000

- Forstwesen (8200) / AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten
- Korrektur um CHF 10'149.00 auf CHF 13'875

Beschluss:

Der Antrag stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: Der GRPK Antrag auf Korrektur um CHF 10'149.00 auf neu CHF 13'875 betreffend AG-Beiträge Sozialversicherungen Kostenstelle 524010 Konto 305000 ist eine Korrektur und dementsprechend einstimmig in der GRPK.

13. Antrag GRPK: ER 524010 / 313000

- Streichung Vitaparcours CHF 35'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen und 10-Nein Stimmen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: Beim GRPK Antrag auf Streichung Vitaparcours von CHF 35'000.00 Kostenstelle 524010 Konto 313000 vertritt die GRPK mehrheitlich die Meinung, dass kein zweiter Vitaparcours notwendig ist.

14. Antrag GRPK: ER 621000 / 309000

- Schulbehörde (2190) / Aus- und Weiterbildung des Personals
- Streichung Doppelbuchung CHF 22'000

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Der jährliche Gesamtweiterbildungstag ist wichtig zur Erreichung der Legislaturziele der Schulpflege. Die letzten beiden Covid-bedingten Jahre und der Lü-Massnahmen haben gezeigt, dass es nötig ist, dass man die Lü-Massnahmen aufhebt und den jährlich wieder durchführt. Die Streichung betrifft nicht die generelle Durchführung des jährlichen Gesamtweiterbildungstags, sondern ist die Streichung der Doppelbuchung von CHF 22'000.00. Die GRPK ist einstimmig dafür.

15. Antrag GRPK: ER 621000 / 319900

- Streichung CHF 1'000 Berufswahlparcours

Beschluss:

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen und 4-Nein Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Die Streichung CHF 1'000.00 Berufswahlparcours ist ein wenig verwirrend. Es geht nicht um die Streichung des Berufswahlparcours selber. Der wird durch den Gewerbeverein Kloten organisiert ehrenamtlich. Es geht um das Essen, welches nach dem Infoanlass durchgeführt wurde, welches meistens am Mittag war. In den letzten zwei Jahren fand er aber immer um 4 Uhr statt, ohne gemeinsames Essen. Darum hat man grossmehrheitlich befunden, dass man die CHF 1'000.00 streichen kann. Falls zukünftig der Anlass wieder um die Mittagszeit stattfindet und der Stadtrat möchte, dass das wieder reinkommt, dann müsste er den Betrag halt einfach wieder budgetieren.

16. Antrag GRPK: ER 623001 / 313000

- PS allg./oblig.:Primarschulstufe (2120) / Dienstleistungen Dritter
- Korrektur um CHF 22'000 von CHF 112'000 auf CHF 90'000

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Das ist ein einstimmiger Antrag der GRPK. Es geht darum das in der Rechnung 2019 CHF 90'000.00 angefallen sind in der Rechnung 2020/2021 aufgrund COVID fielen geringere Kosten an. Aber in der Hochrechnung 2022 zeigt sich, dass wieder CHF 82'000.00 anfallen. Darum kann man den Betrag auf CHF 90'000.00 streichen.

17. Antrag GRPK: ER 623001 / 313100

- PS allg./oblig.:Primarschulstufe (2120) / Planungen und Projektierungen Dritter
- Korrektur Massnahme LÜ21: Einsparung von 10 Fr. pro Schüler (1087 Schüler) = CHF 10 870 Franken

Beschluss:

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen und 3-Nein Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Die Lü-Massnahme zur Einsparung von CHF 10.00 pro Schüler ist immer noch gültig. Diese wurde noch nicht aufgehoben. Darum ist dies ein Fehler in der Budgetierung, dass man die Lü21-Massnahme versehentlich auf 0 gesetzt hat.

18. Sammelantrag GRPK: Korrektur aus Aufhebung Streichung Schneesportlager

- ER 623011 / 302000 CHF -10'000.00
- ER 623011 / 309000 CHF -4'800.00
- ER 623011 / 317100 CHF -83'000.00
- ER 623011 / 423100 CHF 50'000.00
- ER 623112 / 309000 CHF -4'800.00

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Nach zwei Jahren COVID bedingter Ausfälle und nachträglicher Streichung in der Budgetdebatte findet das Schneesportlager 2023 wieder statt. Dies für Schüler ab der 5. Primarklasse. In diversen Budgetposten ist jedoch immer noch die Streichung der letzten Jahre vermerkt. Darum müssen wir die Fehler beheben und die nötigen zusätzlichen Ausgaben und Einnahmen wieder beantragen.

19. Antrag GRPK: ER 623031 / 311000

- PS-Einheit Dorf/Feld: Primarschulstufe (2120) / Anschaffung Büromöbel und -geräte
- Streichung Betrag Infrastruktur Sitzungszimmer (6 Stühle) CHF 3'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 13-Nein Stimmen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Das komplett neu erstellte Sitzungszimmer im brandneuen Schulhaus Dorffeld ist bereits mit Stühlen ausgestattet. Die Mehrheit der GRPK findet, dass man diese noch nicht ersetzen muss.

GLP-Fraktion, André Käser: Ich bin selber in der Schule tätig und daher fühle ich mich von dem Streichungsantrag irgendwie etwas angesprochen, den ich doch etwas sonderbar finde. Es wären sechs Stühle für das Sitzungszimmer. Ich frage mich, wo dann die Leute sitzen sollen? Wenn wir jetzt den Betrag streichen, kaufen sie dann einfach irgendeinen billigen Stuhl von der Ikea? Das kann ja auch nicht die Idee sein. Ich bitte euch, dass die Lehrer auf einem anständigen Stuhl sitzen können. Sonst können wir ja noch Stühle von hier rausgeben.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Ich möchte den Antrag präzisieren. Die sechs bereits vorhandenen Stühle, die etwa drei jähig sind, sind nicht repräsentativ und unbequem und darum muss man sechs neue haben.

Stadtrat, Christoph Fischbach: Es ist jetzt eine Plattitüde, aber ich sage es jetzt trotzdem. Meines Wissens sind die Stühle nicht mit dem Neubau neu gekauft worden. Diese gingen da schlichtweg vergessen und man hat das Sitzungszimmer nur notbehelfsmässig eingerichtet. Jetzt möchte man es einfach anständig entsprechend ausrüsten. Wenn, dass natürlich die Weisheit des Gemeinderats ist, dass das als nicht nötig empfunden wird, dann kann die Schule Kloten auch mit dem weiterleben. Aber eben, es ist nichts, dass man vom Neubau von vor drei Jahren bereits ersetzen möchte, sondern etwas, was dazumal schlichtweg vergessen ging.

FDP-Fraktion, Hans-Jürg Schmid: Die FDP-Fraktion stimmt dem Streichungsantrag vollumfänglich zu. Berechnet man einen Stuhl, so kommt man auf eine Summe von CHF 500.00. CHF 500.00 für einen Stuhl im Sitzungszimmer, welcher vermutlich mehrheitlich leer steht. Die Sitzungsdauer ist wohl im Normalfall eine Stunde. Wenn es mal etwas länger geht, dann ist sowieso regelmässig eine Pause gefordert, wo mein seinen Kopf und sein Gesäss auslüften kann. Ich habe eine kurze Recherche getätigt im Internet. Ich bin auf repräsentative und bequeme Sitzungszimmerstühle gekommen, die wesentlich weniger kosten als CHF 500.00. Ja, es sind kleine Beträge. Aber wir alle wissen, dass auch Kleinvieh viel Mist produziert. Als Gemeinderäte, die vom Volk gewählt wurden, müssen wir auch diese Ausgaben genau anschauen und den Finger draufhalten.

SP-Fraktion, Maja Hildebrand: Ich möchte sagen, dass es um ein Zimmer mit sechs Stühlen geht, dass wahrscheinlich genutzt wird, um Elterngespräche zu führen. Die vorhandenen Stühle bieten Null Komfort und bringen keine gute Stimmung bei den Eltern oder den Lehrpersonen. Das verschlechtert das ganze Klima von Anfang an. Der Stuhl, von dem jetzt die Rede ist, ist kein Wunder, aber er bietet wenigstens eine bequemere Sitzhaltung.

20. Sammelantrag GRPK: Korrekturen SkS-Einheit Spitz: Sekundarschulstufe (2130)

- ER 623142 / 313100
Korrektur Dienstleistungen Dritte um CHF 22'000.00 auf neu CHF 13'200
- ER 623142 / 361100
Korrektur Lohn Quimsbeauftragter um CHF -4'650.00 neu CHF 22'000
- ER 623142 / 461100
Korrektur Quimsgelder Kanton um CHF 1'800.00 auf neu CHF 35'200

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: *Es geht um die Korrektur der fehlerhaften Budgetierung betreffend Quimsprojekt und Personalkosten zugunsten Projekte im Oberstufenschulhaus Spitz. Die Quimsvorgaben werden kantonal bestimmt.*

21. Antrag GLP-Fraktion: ER 623220 / 302000

- *Sonderpädagogik PST (2120) / Löhne der Lehrpersonen*
- *"Reduktion Massnahme 62.13 der LÜ21: Änderung der Therapieformen (vermehrt Gruppen- statt Einzeltherapien)*
- *um 50% (Streichung CHF 65'000 anstelle CHF 130'000)" CHF -65'000.00*

Beschluss:

Der Antrag wird mit 13 Ja- zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

GLP-Fraktion, André Käser: *Ich glaube, heute ist es das letzte Mal, dass ihr mir zuhören müsst. Wir beantragen die Streichung der Lü-Massnahme. Es wird zwar wohl leider keine grosse Rolle spielen, ob wir die Lü-Massnahme rückgängig machen oder nicht, denn die offenen Stellen bei der Logopädie – zurzeit sind zwei Stellen offen in Kloten – werden vermutlich nicht vollständig besetzt werden können, da der Arbeitsmarkt vollständig ausgetrocknet ist. Aber für die Rekrutierung bei den Vorstellungsgesprächen von möglichen Therapeutinnen und Therapeuten, wenn es denn so weit kommt, macht es einen grossen Unterschied, ob die*

Bewerberinnen und Bewerber verpflichtet werden Gruppentherapien durchzuführen, auch wenn diese aus therapeutischer Sicht weniger Sinn ergibt. Damit macht die Schule Kloten als potentieller neuer Arbeitgeber keine gute Figur. Der Bewerber oder die Bewerberin wird sich in einer anderen Gemeinde umschaun und sich freuen, dass sie dort nach therapeutischen Massstäben arbeiten können und nicht nach organisatorischen. Als Schulleiter einer grossen Stadt, wo auch Therapiestellen offen sind, bin ich erfreut, dass die Schule Kloten sich als Konkurrent selber ausschaltet. Für die Kinder in Kloten, welche darum auf einer langen Warteliste stehen, tut es mir leid. Für diese Kinder stehe ich hier. Die GLP-Fraktion beantragt die Streichung der Lü-Massnahme 62.13, damit die Organisation beim Therapiesetting wieder in fachkundige Hände und die Kinder von Kloten hoffentlich zu ihrer Therapie kommen.

Stadtrat, Christoph Fischbach: Der Antrag nehme ich sehr gerne entgegen, bzw. ich kann dazu sagen, dass sowieso das Sonderpädagogische Konzept in Überarbeitung ist. Da ist genau ein Punkt davon die ganze Therapiegeschichte wie es André als Fachmann sehr gut erklärt hat. Dementsprechend kann es gut sein, dass wir bei der nächsten Stellenplanung bzw. dem Budget 2024 von uns aus dort mit einem angepassten Antrag kommen. Denn die Problematik besteht und der Bedarf wäre mehr als ausgewiesen. Das ist auch unbestritten. Wir sind in dem Sinn aber noch nicht so weit. Ich sage mal, wir würden uns nicht gegen die Erhöhung wehren. Aber wie es André bereits sagte, es hat wahrscheinlich keinen Einfluss, da infolge höherer Gewalt bzw. dem Fachkräftemangel die Stelle auch nicht besetzt werden könnte. Das Thema ist bei uns auf dem Radar und wird weiterbearbeitet in Zusammenhang mit dem Konzept Sonderpädagogik.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: Die Arbeit in der GRPK benötigt dringend exakte, genaue und richtige Antworten vom Stadtrat und der Bereichsleitung. Wie man vorher schon mehrfach gesehen hat. Wenn diese nicht genau kommen, nicht richtig, dann gibt es auch Anträge, die einem nicht passen. In der Antwort zu dem Thema, welche ich in der GRPK gestellt habe – auch letztes Jahr schon – hat es wieder geheissen, dass man am Analysieren sei. Man schaut die Zusammenarbeit mit HFH und der Leitung Sonderpädagogik an und die Erkenntnisse werden in den Stellen- und Umsetzungsplan Schuljahr 2023/24 einfließen. Durch das braucht es dann auch einen Stadtratsentscheid. Ich begrüsse das auch sehr, dass das dann so entschieden wird im Stadtrat und die Lü21-Massnahme dann auch aufgehoben wird. Stand heute, ist man am Analysieren. Man findet keine geeignete Person und der Lü21-Massnahmenatbestand besteht immer noch, ist nicht aufgehoben. Darum dies dann bitte im Stadtrat bereinigen, wenn die analysierten Zahlen dann auch vorliegen. Stand heute hatten wir diese bis jetzt noch nicht.

22. Sammelantrag GRPK: StR-Beschluss 279-2022 / Schulhort

- ER 627020 / 301000
Kosten von Fr. 617'700 Franken auf Fr. 707'700 (CHF -90'000.00)
- ER 627020 / 424000
Korrektur Zusatzeinnahmen von Fr. -794'000 auf Fr. -894'000 (CHF 100'000.00)

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Das ist ein einstimmiger Antrag der GRPK. Kloten muss aufgrund des Volksschulgesetzes eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Tagesschulstruktur bieten und zur Verfügung stellen. Die Durchschnittliche Angebotsnutzung ist gestiegen in den letzten Jahren und wird, wie analysiert, in Zukunft weiter steigen. Der Stadtrat hat das Geschäft und die Erhöhung des Stellenplans aufgrund der steigenden Betreuungsnutzung schon beschlossen und bewilligt. Die

entsprechenden Kosten und zusätzlichen Einnahmen gemäss zukünftiger Tarifierungen werden somit im Budget 2023 bereits aufgenommen.

23. Antrag GRPK: ER 723010 / 312000

- Infrastruktur Schluefweg (3410) / Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV
- Korrektur Anpassung Gaspreis (x3 anstatt x2) CHF -550'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird stillschweigend angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Franziska Wisskirchen: Bei diesem Antrag geht es um die von Peter Nabholz erwähnte grösste Budgetänderung. Es geht um die Anpassung des Gaspreises. Die Erhöhung beträgt nicht 2x sondern 3x soviel. Die Meldung durch die ibk erfolgte erst nach der Budgetfertigstellung. Eine solche Verteuerung des Gaspreises ist zu dem Zeitpunkt noch nicht festgestanden. Die GRPK bitten den Gemeinderat einstimmig die Anpassung der Erhöhung um CHF 550'000.00 anzunehmen. Dies damit das Budget real gemacht werden kann oder mehr der Realität entspricht.

24. Antrag GRPK: ER 723020 / 311100

- Stighag (3410) / Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge
- Streichung Bewässerungsanlage CHF 48'000.00

Beschluss:

Ausstand Sandra Eberhard (SVP)

Der Antrag wird mit 14 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Ratspräsident, Marc Denzler: Darf ich Sandra Eberhard bitten, in den Ausstand zu treten infolge privater Betroffenheit.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Franziska Wisskirchen: Bei dieser Streichung geht es um die Bewässerungsanlage. Die Bewässerungsanlage für den Fussballplatz Thal. Das hätte eine Arbeitserleichterung gebracht. Mit der automatischen Bewässerung könnte optimale Tageszeitpunkt besser berechnet werden und der Platzwart müsste die Bewässerung nicht mehr ausschalten. Aber die Beschaffung wird in der GRPK mehrheitlich als nicht notwendig befunden. Die GRPK bittet den Gemeinderat der Streichung um CHF 48'000.00 zuzustimmen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Maja Hildebrand: Für den Fussballplatz am Stigha hätte eine Bewässerungsanlage angeschafft werden sollen. Der Grund ist, dass der Platzwart nicht mehr in Kloten wohnt und es deshalb ohne Unterstützung aus der Nachbarschaft nicht mehr möglich ist, denn Platz am späten Abend, wenn der Trainingsbetrieb abgeschlossen ist, zu bewässern. Gelegentlich habe ich den Platzwart bei der Bewässerung am frühen Morgen gesehen. Jede Gärtnerei bewässert ihre Felder mit automatischen Bewässerungsanlagen, da ihnen die Arbeitszeit ihrer portugiesischen Arbeiter zu teuer ist und sie viel sinnvoller genutzt werden kann, damit der Ressourcenverbrauch auch gezielter gesteuert werden kann. Deshalb stelle ich als Mitglied der GRPK den Minderheitsantrag, dass die Bewässerungsanlage im Wert von CHF 48'000.00 im Budget bleiben soll.

Stadträtin Regula Käser: Es ist so, dass es sich um die Bewässerungsanlage im Thal handelt. Das ist der separate Fussballplatz. Bewässern, das haben wir diesen Sommer wieder gehört, sollte man nicht durch den Tag resp. es ist auch schwierig unter Tag zu bewässern aufgrund des Trainingsbetriebs. Es muss am Abend bewässert werden. Es mit Schläuchen auf dem Feld resp. zum Trainingsbetrieb müssen diese wieder weggenommen werden. Man muss sie zum Bewässern wieder auslegen. Zum anderen wurde uns auch ganz eindrücklich geschildert, dass dies relativ laute Lärmemissionen erzeugt. Das ist natürlich nicht ein Sprinkler, denn wir heutzutage haben, der ganz fein sprinklert. Sondern dies sind die alten, welche das berühmte "Tsch, Tsch, Tsch" die halbe Nacht lang machen. Das ist natürlich auch nicht angenehm für die Nachbarn, denn es gibt auch von dort Reklamationen. Es ist aber vor allem auch so, dass es eine Erleichterung im Betrieb und Unterhalt gibt. Man kann unsere Ressource dort besser einsetzen und wir wären froh, wenn wir dort automatisch bewässern könnten. Dies vor allem in der Nacht, wenn es Sinn macht. Dann ist auch der Wasserverlust am geringsten.

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Die SP-Fraktion ist klar gegen diesen Antrag. Der Sparantrag führt ziemlich am Ziel vorbei. Wie Regula bereits gesagt hat, es werden eher Ressourcen vergeudet. Nämlich die Arbeitszeit des Platzwartes, der sicherlich besseres zu tun hat, als für die Bewässerung des Platzes zu sorgen und es werden wichtige Ressourcen vergeudet, nämlich das Wasser und der Rasen leidet. Denn durch die Tröpfchen verbrennt der Rasen und muss in einem kürzeren Intervall renoviert werden. Es entstehen mehr Kosten, als man denkt, dass man einspart. Wie Regula auch erwähnt hat, der Platzwart kann dies nicht tagsüber machen. Dies wegen dem Trainings- und Spielbetrieb. Eine automatische Bewässerungsanlage könnte man bequem in der Nacht laufen lassen. Ausserdem finden wir, dass wenn die Stadt fast eine Million in die Hand nehmen kann für einen Videowürfel in der Stimo-Arena, dann sollten eigentlich CHF 48'000.00 für eine Bewässerungsanlage, welche Ressourcen eher einspart als vergeudet, erst recht drin liegen.

25. Antrag GRPK: ER 725010 / 311100

- Bäder (3410) / Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge
- Streichung Sportbox CHF 25'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Ja- zu 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Franziska Wisskirchen: Bei der Sportbox geht es um eine Box, die man mittels App öffnen kann, welche Sportgeräte enthalten, die für die Bevölkerung sind. Die Beschaffung wird mehrheitlich von der GRPK abgelehnt und zur Streichung empfohlen worden.

Rückkommen

Es wird kein Antrag auf Rückkommen gestellt.

Schlussabstimmung Budget 2023

Beschluss:

Das Budget wird einstimmig angenommen.

Steuerfussdebatte

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Peter Nabholz: Der Stadtrat beantragt den Gemeinderat den Steuerfuss wie im Vorjahr auf 103% des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen. Damit ist der mittel- und langfristige Rechnungsausgleich und auch die finanzpolitische Reservebildung für unsichere Zeiten gewährleistet. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, das hat der frühere GRPK-Präsident Pascal Walt bei seiner Eintrittsrede bereits gesagt, dass die Verschuldung ansteigt und am Ende der Finanzplanungsperiode 2022 bis 2026 ausserhalb des definierten Zielbereichs liegt. Das ist eine grosse Herausforderung, da auch wenn grosse Investitionen in die Infrastruktur auf uns warten, es aber auch notwendig ist diese zu tätigen. Wir benötigen auch Planungssicherheit. Einerseits für unsere Bevölkerung. Andererseits aber auch für unser Gewerbe. Die GRPK folgt der Empfehlung des Stadtrats und beantragt dem Gemeinderat, den Steuerfuss auf 103% zu belassen.

Bereinigung Steuerfuss

Es werden keine Anträge gestellt.

Schlussabstimmung Steuerfuss 2023

Beschluss:

Der Steuerfuss wird einstimmig auf 103% festgelegt.

Schluss der Sitzung: 21:45 Uhr

Für die Richtigkeit:



Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Marc Denzler
Präsident

Silvan Eberhard
1. Vizepräsident

Philip Graf
2. Vizepräsident